



Wortprotokoll der 46. Sitzung

Ausschuss für Digitales

Berlin, den 18. Oktober 2023, 14:30 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1
Sitzungssaal: MELH 3.101

Vorsitz: Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 03

Internationale Digitalpolitik

Liste der Sachverständigen

[Ausschussdrucksache SB20\(23\)19](#)

Fragenkatalog

[Ausschussdrucksache SB20\(23\)20](#)

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kassautzki, Anna Klüssendorf, Tim Marvi, Parsa Mesarosch, Robin Mieves, Matthias David Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Zimmermann, Dr. Jens Zorn, Armand	Bartz, Alexander Diedenhofen, Martin Esken, Saskia Hakverdi, Metin Leiser, Kevin Müller (Chemnitz), Detlef Papendieck, Mathias Schneider, Daniel Träsnea, Ana-Maria Werner, Lena
CDU/CSU	Biadacz, Marc Brandl, Dr. Reinhard Durz, Hansjörg Hoppermann, Franziska Jarzombek, Thomas Kemmer, Ronja Reichel, Dr. Markus Santos-Wintz, Catarina dos Zippelius, Nicolas	Bär, Dorothee Hahn, Florian Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Henrichmann, Marc Metzler, Jan Müller, Florian Schön, Nadine Steiniger, Johannes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Bacherle, Tobias B. Grützmaker, Sabine Khan, Misbah Rößner, Tabea	Bär, Karl Christmann, Dr. Anna Gelbhaar, Stefan Klein-Schmeink, Maria Notz, Dr. Konstantin von
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Maximilian Redder, Dr. Volker Schäffler, Frank	Föst, Daniel Höferlin, Manuel Konrad, Carina Kruse, Michael
AfD	Benkstein, Barbara Naujok, Edgar Schmidt, Eugen Storch, Beatrix von	Höchst, Nicole Janich, Steffen König, Jörn Wiehle, Wolfgang
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Dr. Petra	Pau, Petra Reichinnek, Heidi
fraktionslos	Cotar, Joana	



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema „Internationale Digitalpolitik“

Die **Vorsitzende Tabea Rößner**: Ich begrüße alle ganz herzlich zu dieser öffentlichen Anhörung. Einmal begrüße ich natürlich die Ausschussmitglieder. Da verweise ich einmal darauf, dass sowohl Misbah Khan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch Anke Domscheit-Berg von DIE LINKE. beide aus einem begründeten Ausnahmefall virtuell teilnehmen. Dann begrüße ich natürlich ganz herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer, die an der Sitzung teilnehmen. Sie heiße ich auch alle ganz herzlich willkommen. Vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) sitzen neben mir Frau Dr. Irina Soeffky, Leiterin der Unterabteilung „Nationale, Europäische und Internationale Digitalpolitik“, und daneben Dr. David Hageböling, Referent im Referat „Internationale Digitalpolitik, G7, G20, OECD“. Ich erwähne es jetzt extra noch einmal. Ich hoffe, ich bin gut zu verstehen. Vielleicht kann aus dem digitalen Raum jemand winken oder einen Daumen nach oben geben. Wunderbar, denn hier im Raum gibt es immer mal Probleme mit den Mikrofonen. Dann begrüße ich ganz herzlich vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) virtuell Frau Eberhard vom Referat „Internationale Digitalpolitik“, herzlich willkommen. Dann verweise ich darauf, dass es eine öffentliche Anhörung ist, das heißt, es ist öffentlich und wird live im Parlamentsfernsehen und im Internet übertragen. Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer, die entweder hier im Saal auf der Tribüne sind oder virtuell zuschauen, und ich freue mich über Ihr Interesse an unserer Arbeit. Ich begrüße vor allem aber die geladenen Sachverständigen. Das ist in Präsenz Geraldine de Bastion, Gründerin von Global Innovation Gathering (GIG), herzlich willkommen. In Präsenz ist auch da Dr. Klaus-Heiner Röhl, er ist die Vertretung für Dr. Vera Demary vom Themencluster Digitalisierung und Klimawandel des Instituts der Deutschen Wirtschaft, herzlich willkommen. Außerdem ist Dr. Julia Pohle vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) da, herzlich willkommen. Digital zugeschaltet ist uns Dr. Roxana Radu, Associate Professor of Digital

Technologies and Public Policy bei der Blavatnik School of Government, University of Oxford, welcome. In Präsenz ist Julian Ringhof da, Policy Fellow at European Council on Foreign Relations a.D. In Präsenz ist auch Berhan Taye, Independent Researcher and Analyst, anwesend. Welcome. Dann ist noch da Christoph Tovar, Referent für Internationales und Innovationspolitik vom Bitkom e.V., herzlich willkommen. Zudem ist Dr. Daniel Voelsen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), anwesend, herzlich willkommen. Zum Ablauf der Sitzung: Die Sachverständigen sind gebeten, zu Beginn ein fünfminütiges Eingangsstatement abzugeben. Dann erhält jede Fraktion ein Zeitfenster von fünf Minuten für Fragen und Antworten. Das heißt, Sie können sofort antworten. Sie brauchen auch nicht darauf warten, dass ich Ihnen das Wort erteile, dann geht nämlich immer Zeit verloren. Sie können dann direkt antworten. Die Sachverständigen sollten dann vor allen Dingen auch das Mikrofon nutzen. Dann richtet sich nämlich auch die Kamera auf Sie, aber das Mikrofon dann bitte auch wieder ausmachen. Und es gibt einen akustischen Gong, der klingelt zehn Sekunden vor Ablauf der Redezeit, dann müssten Sie zum Ende kommen. Wir haben das jetzt eingeführt, da ansonsten die Redezeit immer so überzogen wurde, und da halten sich im Grunde meistens alle Gäste auch dran. Die Reihenfolge ergibt sich aus der Stärke der Fraktionen und bei jeder weiteren Fragerunde bestimme ich als Vorsitzende die Reihenfolge. Die Redezeit pro Runde wird bei Bedarf verkürzt, da wir ja anschließend auch noch unsere reguläre Sitzung haben. Es gibt einen gemeinsamen Fragenkatalog der Fraktionen. Der liegt vor und wurde auch als Ausschussdrucksache SB20(23)20 verteilt und veröffentlicht. Alle abgegebenen schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen wurden auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht. Es wird ein Wortprotokoll über die Sitzung angefertigt und die Anhörung wird auf Kanal 2 live im Parlamentsfernsehen gezeigt und ist anschließend über die Online-Mediathek des Bundestags abrufbar. Ich gebe noch den Hinweis, dass auch wenn diese Sitzung öffentlich ist, das Fertigen von eigenen Ton- und Bildaufnahmen während der Sitzung nicht zulässig ist. Zuwiderhandlungen können nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Aus-



schluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Zum technischen Verfahren die Bitte an die Sachverständigen: Achten Sie darauf, die Mikrofone, ein- und wieder auszuschalten. Wir haben heute auch eine englischsprachige Sachverständige eingeladen. Es findet eine simultane Verdolmetschung des gesprochenen Wortes, sowohl von Deutsch-Englisch als auch Englisch-Deutsch, statt. Im Sitzungssaal können Sie zur Auswahl des Sprachkanals die ausliegenden Kopfhörer nutzen. In der Zoom-Sitzung stehen beide Sprachkanäle zur Auswahl. Die im Saal Anwesenden bitte ich, die Saalmikrofone zu nutzen und diese ebenfalls dann auszuschalten und die Mikrofone auch natürlich virtuell wieder auszuschalten. Das war es für die Einführung, was die technischen Angelegenheiten angeht. Das Thema der heutigen Anhörung ist die internationale Digitalpolitik. Digitalisierung schreitet in schnellen Schritten voran und das weltweit. Sie hat Einfluss auf die globale Wirtschaft, ermöglicht neue Geschäftsmodelle und wirkt sich auf die Produktion von Gütern sowie auf unsere Kommunikation aus. Diese Entwicklung ist ein globales Phänomen und findet auch über Grenzen hinweg statt. Wir alle nutzen Plattformen, die Kommunikation weltweit ermöglichen und diskutieren gerade über die Regeln für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Viele außereuropäische Länder schauen auf Europa und sind interessiert an gemeinsamen Standards. Das zeigt, dass der internationalen Digitalpolitik eine immer größere Bedeutung zukommt. Denn nur, wenn wir möglichst einheitliche, transparente Regeln haben, können Wirtschaft und Gesellschaft bestmöglich von den Chancen der Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Das BMDV hat als federführendes Ministerium im August 2020 die Nationale Digitalstrategie Deutschland vorgestellt. Ziel der Digitalstrategie sind unter anderem einheitliche technische Normen und Standards, globales Engagement in der Standardisierung, leistungsfähigere Netze für die digitale Kommunikation sowie sichere digitale Identitäten. Mit der internationalen Digitalstrategie konkretisiert das Ministerium nun die internationale Dimension dieser Ziele und stand dazu mit Stakeholdern aus der Zivilgesellschaft, aus Forschung, Wissenschaft und aus der Wirtschaft in Kontakt. Auch bei den regelmäßigen Treffen

der Digitalministerinnen und -minister im Rahmen der G7 hat das Ministerium gemeinsame internationale Ansätze mitgestaltet, etwa für sichere und resiliente digitale Infrastrukturen, eine offene Internet Governance sowie Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Ein weiteres zentrales Element ist der internationale Handel. Auch dieser ist ohne digitale Technologien nicht mehr vorstellbar. Insbesondere für unsere stark auf Export ausgerichtete Wirtschaft sind Fragen des grenzüberschreitenden Datenaustausches relevant. Die strategische Klärung dieser Themen in ihrer internationalen Dimension ist von großer Bedeutung. Die Digitalisierung sowie das Internet sind nicht nur von enormer politischer Bedeutung, sondern auch wichtige Machtinstrumente. Die globale digitale Ordnung wird von großen Technologiekonzernen sowie von Staaten geprägt, welche teilweise auf mehr Kontrolle über das Internet drängen. So werden digitale Technologien immer öfter zum Gegenstand geopolitischer Auseinandersetzungen. Es kommt daher entscheidend auf eine technologische und digitale Souveränität an, um unsere Handlungsfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig bietet sich für Deutschland eine große Chance in der internationalen Digitalpolitik. Mithilfe der Digitalstrategie soll die Gestaltung einer zukunftsorientierten und gerechten digitalen Landschaft gelingen. Ich verweise noch einmal auf unsere Ausschussreise nach Kenia, wo wir mit den Content-Moderatorinnen und -moderatoren in Kontakt waren. Wir sehen die Auslagerung von Aufgaben in andere Länder. Entscheidend werden dabei die Formulierung von Zielen sein sowie die Verknüpfung mit den geeigneten Instrumenten. Zudem brauchen wir internationale Kooperation, um Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, weltweit einen Zugang zum Internet und zur Digitalisierung zu schaffen und technologische Innovationen in Zusammenarbeit mit dem globalen Süden weiterzuentwickeln. Dafür stellt sich die Bundesregierung nun strategisch auf und identifiziert Ziele und Instrumente. Mit der heutigen Anhörung holt der Ausschuss für Digitales nun externen Sachverstand ein. Ich freue mich auf Ihre Beiträge. Wir beginnen mit den fünfminütigen Eingangsstatementen. Zuerst darf ich Frau de Bastion um ihr Statement bitten und dann geht es der Reihe nach, wie eben vorgestellt. Sie haben das Wort.

SVe **Geraldine de Bastion**: Ganz herzlichen Dank.



Ich spreche heute als Vertreterin der digitalen Zivilgesellschaft mit über 20 Jahren Erfahrung in diesem Themenbereich, insbesondere aus entwicklungspolitischer Perspektive. Ich möchte als erstes sagen, dass es sehr wichtig und richtig ist, dass die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie für internationale Digitalpolitik erarbeitet. Ich freue mich wirklich sehr über die Gelegenheit, heute hier im Ausschuss meine Expertise teilen zu dürfen. Warum brauchen wir eine internationale Digitalstrategie? Tabea Rößner hat davon eben schon viel erwähnt. Wir befinden uns inmitten eines geopolitischen Wettstreits um die technologische Vorherrschaft zwischen den USA und China. Dies ist für Deutschland und die EU eine große Herausforderung, aber auch für Länder des globalen Südens, die hier oft Spielball von Interessen sind. Auch Big Tech-Konzerne beeinflussen, wie eben schon gesagt, aufgrund der sehr starken und zunehmenden wirtschaftlichen Machtkonzentration die globale digitale Ordnung. Eine internationale Digitalstrategie kann sicherstellen, dass diese Herausforderungen ernst genommen werden und Deutschland und Europa alternative Ansätze und Angebote entwickeln. Wie sollen diese aussehen? Fokus einer deutschen internationalen Digitalstrategie sollte meiner Ansicht nach sein, Allianzen für eine demokratische und offene Weiterentwicklung des Internets und digitaler Technologien zu schaffen und Agenten für Green und Just Transition mit der digitalen Transformation in Einklang zu bringen. Leitgedanken einer solchen Strategie sollten Kollaboration, Offenheit und Nachhaltigkeit sein. Zum Thema Kollaboration: Deutschland und Europa brauchen Allianzen, um in Zukunft mit Hinblick auf Fachkräftemangel, Absatzmärkte et cetera wettbewerbsfähig zu bleiben. Kollaboration brauchen wir auch im Sinne von Gleichheit. Eine wertegetriebene Digitalpolitik sollte die gleichen Werte im Inland wie im Ausland vertreten. Dazu gehört, sich für faire Arbeitsstandards einzusetzen und keine Rechte gegeneinander auszuspielen, zum Beispiel Armutsbekämpfung versus Überwachungsfreiheit. Zum Thema Offenheit: Internationale Digitalpolitik sollte offen sein und zum Aufbau offener, gemeinwohlfördernder Ressourcen beitragen, Redundanzen vermeiden und ressourcenschonend ergehen. Hierfür sollte man auf die Nutzung von Open Source setzen. Open

Source sollte als Bedingung oder mindestens Priorität bei öffentlichen Ausschreibungen eingeführt werden für Infrastruktur, Software, Daten der Verwaltung und offene Bildungsmaterialien. So könnte Deutschland zum Aufbau einer globalen Wissensallmende beitragen. Zum Thema Nachhaltigkeit: Digitalisierung an sich ist kein Ziel, sondern die Weiterentwicklung der Menschheit, und dies ist nur im Einklang mit unseren planetaren Grenzen möglich. Green und Just Transition sollten deswegen als Zielwerte digitaler Transformation verstanden werden und entsprechend sollte dies in zukünftigen Strategien Berücksichtigung finden. Mit welchen Instrumenten können wir die Ziele einer internationalen Digitalstrategie erreichen? Es sollte natürlich klare Ziele, Ressourcen und Zeitpläne in einer Strategie geben. Finanzielle Mittel sollten bereitgestellt werden zur Schaffung offener, gemeinwohlfördernder Güter. Wir brauchen offene und flexible Fonds nach Vorbild des Open Technology Fund (OTF) oder Prototype Fonds. Die Einrichtung des Sovereign Tech Fund ist hierfür schon ein sehr guter Schritt gewesen, aber es braucht noch viel mehr. Darüber hinaus könnte man Forschungs- und Innovationsprogramme wie Horizon Europe öffnen für Kooperationen und Ko-Kreationen mit Partnern aus dem globalen Süden und gemeinsame Datenräume für Forschung und Innovation aufbauen. Wir sollten stärker auf die Förderung lokaler Initiativen setzen und mehr für Zusammenarbeit mit lokalen Akteurinnen und Akteuren tun. So kann man auch einen Beitrag zur Chancengleichheit leisten. Wir brauchen hierfür zum Beispiel staatliche Open Source-Skalierungseinheiten, denn die würden es ermöglichen, mit Grassroot-Innovatorinnen und -Innovatoren und globalen Netzwerkakteurinnen und -akteuren zusammenzuarbeiten. Das würde eine Alternative bieten zu der heute noch sehr verbreiteten pilotprojektgesteuerten Förderlogik. Die Bundesregierung sollte ihre Präsenz in internationalen Foren stärken und dabei gezielt den Multistakeholder-Charakter durch die Mitnahme von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und lokaler Digitalwirtschaft unterstützen. Hierzu sollte es einen Fond geben für die Beteiligung der deutschen, aber auch darüber hinaus zur Unterstützung der Teilnahme der Zivilgesellschaft und lokaler Akteure aus anderen Ländern. Es sollte außerdem verstetigte Formen des



Austausches und der Beteiligung geben. Für Akteure aus Zivilgesellschaft und auch andere Akteure, die bereits heute zur Digitalpolitik in Deutschland beitragen. Unbedingt sollten die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Ministerien und mit der EU ausgebaut werden. Abschließend, auch wenn Deutschland und Europa in Sachen digitaler Innovation heute noch keine Leitfunktion haben, geht von uns eine sehr wichtige Signalwirkung aus. Andere Länder orientieren sich an Gesetzesmaßnahmen wie dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder – auf EU-Ebene – der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Das heißt, alle Versuche, Rechte aufzuweichen oder gegeneinander auszuspielen – Stichwort Vorratsdatenspeicherung – haben dementsprechend auch negative Signalwirkungen. Es gilt daher, bei uns anzufangen mit dem Ausbau menschenrechtsbasierter Ansätze und Technologien. Denn so können wir mit positivem Beispiel für digitale Teilhabe, gemeinwohlorientierte Digitalisierung vorangehen und auch zur Verschränkung von Nachhaltigkeits- und Digitalisierungszielen inspirieren. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das war Geraldine de Bastion, Gründerin von Global Innovation Gathering. Nun kommen wir zu dem Statement von Dr. Klaus-Heiner Röhl, der für das Institut der deutschen Wirtschaft spricht.

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Vielen Dank. Politik braucht Ziele und zur Erreichung dieser Ziele braucht es auch Strategien. Nun sehen wir, dass wir im Bereich Digitalisierung bereits diverse Strategien haben: eine Digitalstrategie, KI-Strategie, Gigabit-Strategie, Datenstrategie. Damit haben wir natürlich auch schon verschiedene Strategien, die einbezogen werden müssen in eine internationale Digitalpolitik. Gleichzeitig handelt es sich um ein grenzüberschreitendes Thema. Ein Großteil der digitalen Transformation in Deutschland findet nicht innerhalb der nationalen Grenzen statt, sondern geht darüber hinaus. Wir haben starke Lieferketten und Wertschöpfungsnetzwerke, in die wir eingebunden sind. Deshalb muss die Digitalisierung und eine Strategie dafür auch international gedacht und entsprechend politisch adressiert werden. Dieses hier ist nun geplant. Wenn wir uns anschauen, wie wir das machen wollen, dann bewegen wir uns in diesem Spannungsfeld. Wir haben schon Strategien für

die Digitalisierung, binnenorientiert. Wir haben aber gleichzeitig eine internationale Einbindung, auf die wir achten müssen. Wir sollten uns natürlich weiter an den Werten orientieren, die wir schon für die nationalen Strategien festgelegt haben: Demokratieförderung, Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit, Selbstbestimmung, Souveränität, Teilhabe. Das sind alles Punkte, die wir schon festgelegt haben in nationalen Strategien zum Thema. Die sollten weiter beachtet werden, wenn wir eine internationale Strategie entwickeln. Dabei sollten wir auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen. Aus Zeitgründen gehe ich darauf nicht näher ein. Frau de Bastion hat das sehr ausführlich gemacht. Wir sollten ganz stark bedenken: Digitalisierung ist nicht nur grenzüberschreitend, sie ist auch eingebunden in unser europäisches Umfeld. Wir haben EU-Regulierung, die voranschreitet in Daten- und Digitalisierungsthemen. Wir sollten unbedingt darauf achten, dass wir eine deutsche internationale Digitalpolitikstrategie einbinden in die europäischen Lösungen, an denen gearbeitet wird. Das haben wir an einigen Punkten bisher nicht so gemacht. Wir sind manchmal vorgeprescht mit bestimmten Themen, und dann kommt die EU-Regulierung, die uns dann wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholt. Wir müssen aber auch bedenken, es ist nicht nur die EU. Wir haben eine geopolitisch kritische Situation inzwischen. Geopolitische Gewichte haben sich verschoben. China wird immer mächtiger und hat eine sehr strenge Digitalregulierung, die nicht unseren Werten entspricht. Wir sehen gleichzeitig, dass die USA deshalb auch aktiver werden, und wir müssen sehen, dass wir über die EU hinaus auch Partner suchen für eine internationale Digitalpolitik. Das heißt, wir berühren verschiedene Politikfelder, die wir mitnehmen müssen, die wir mitdenken müssen. Erst einmal auch innerhalb Deutschlands die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Außenpolitik, Entwicklungspolitik und Handelspolitik. Auch Innovation und Forschung. Diese Ministerien und die zuständigen Stellen im Land müssen auch gut eingebunden werden, um diese Strategie zu entwickeln, die gleichzeitig aber über die deutschen Grenzen hinausdenkt, auch die europäischen Partner miteinbezieht und diese drei globalen Akteure – China, USA, Europa – berücksichtigt. Das heißt, wir haben dort ein Spannungsfeld der internationalen Digitalpolitik, das wir miteinander verzahnen



müssen. Gleichzeitig sehen wir, dass Deutschland kein führendes Land in der Digitalisierung ist. Die großen Plattformen sind in den USA. Zunehmend wird China dort wichtig und Europa ist etwas abgehängt und Deutschland ist ziemlich abgehängt. Das heißt, unser Einfluss auf die Welt ist vielleicht nicht so groß, wie wir uns das gerne vorstellen. Wir müssen rechtzeitig Partner suchen. Wir müssen gegenüber China auch sehen, dass wir uns erst einmal europäisch abstimmen und dann die USA wohl auch als Partner brauchen. Der Bezug zur Entwicklungspolitik ist schon angesprochen worden. Wir müssen natürlich auch den globalen Süden mitdenken. Wir müssen bedenken, dass auch viel Digitalisierung outgesourced wird, auch im digitalen Bereich. Sie haben angesprochen, dass Kenia zum Beispiel auch schon ein Partner wird in dem Bereich. Wir müssen daran denken, dass das kein Spielfeld nur der drei großen Akteure, die ich angesprochen habe – Europa, USA, China – ist, sondern dass die Digitalisierung eine weltweite Entwicklung ist, und auch das muss die deutsche internationale Digitalpolitik und die Strategie dafür mit berücksichtigen. Bei der inhaltlichen Fokussierung sollten wir uns trotzdem auf die genannten bereits definierten internen deutschen Strategien weiter fokussieren, uns intern erst einmal abstimmen – die Ressort-Abstimmungsbereiche habe ich bereits angesprochen – und dann mit den europäischen Partnern zusammen möglichst eine Politik entwickeln, die darüber hinaus reicht und die drei großen Akteure und auch den globalen Süden einbezieht. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank, Dr. Klaus-Heiner Röhl vom Institut der deutschen Wirtschaft. Als nächstes hat das Wort Dr. Julia Pohle vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

SVe **Dr. Julia Pohle**: Ganz herzlichen Dank. Ich freue mich sehr über diese Anhörung. Ich freue mich auch wirklich sehr darüber, dass eine Strategie für die internationale Digitalpolitik geplant ist, da die nun endlich auch die Wichtigkeit dieses internationalen Handlungsfelds wirklich auf die politische Tagesordnung hebt. Ich möchte im Folgenden kurz drei Punkte nennen, die ich besonders wichtig finde bei der Formulierung einer solchen Strategie, insbesondere angesichts der geo-

politischen und geoökonomischen Wettbewerbslage und technologischen Vorherrschaft, die wir derzeit global sehen. Der erste Punkt ist, dass ich denke, eine Strategie muss ganz klar festlegen, was denn eigentlich der Zweck der internationalen Digitalpolitik ist. Warum brauchen wir das überhaupt? Warum ist das so wichtig? Da gibt es meines Erachtens zwei Aspekte zu berichtigen. Einerseits sollte internationale Digitalpolitik die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass wir die Digitaltransformation hier in Deutschland im Sinne unserer Interessen und normativen Vorstellungen vorantreiben können. Und andererseits, – das ist das zweite Ziel – sollte es aber auch uns ermöglichen, die weltweite digitale Transformation und die globale digitale Ordnung im Sinne dieser Wertvorstellungen prägen zu können. Es gibt ein nach innen und ein nach außen gerichtetes Ziel, Handlungsfähigkeit nach innen und gleichzeitig aber auch Gestaltungsmacht nach außen. Diese müssen aufeinander abgestimmt werden. Das bringt mich gleich zu meinem zweiten Punkt, nämlich Abstimmung und Zielkonflikte. Digitalisierung und Digitalpolitik ist ein Querschnittspolitikfeld. Auch internationale Digitalpolitik ist ganz eindeutig ein Querschnittspolitikfeld. Schon im Inneren ist es sehr fragmentiert. Wir haben gehört, wie die Verantwortlichkeiten über alle Ministerien verstreut sind und wie wichtig es ist, diese zu bündeln, das haben alle Stellungnahmen relativ klar hervorgehoben. Ich möchte es aber auch noch einmal auf die internationale Ebene bezogen sagen. Es ist für so eine internationale Digitalpolitikstrategie wirklich wichtig, nach außen konkret darzustellen, welche Position Deutschland, allein oder im Europäischen Staatenverbund, wo und in Bezug auf welche Themen genau vertritt und welche Regulierungsbeziehungsweise Governance-Ansätze es denn in Bezug auf welche Themenbereiche auch vertritt. Warum ist das wichtig? Ich denke, es ist wichtig, da im Internet Governance-Bereich Deutschland sehr lange ein klarer Unterstützer des Multistakeholder-Ansatzes war, in dem der Staat nur einer von vielen gleichberechtigten Akteuren ist. In den letzten Jahren hat sich Deutschland aber sehr klar im Bereich der digitalen Souveränität und als ein Verfechter der digitalen Souveränität positioniert, und da wird die Rolle und die Verantwortung von staatlichen Regulierungen



deutlich stärker betont. Auch der Entwurf der internationalen Digitalpolitikstrategie betont sehr stark das multilaterale Handeln und die multilateralen Organisationen und sagt aber gleichzeitig auch, dass es den Multistakeholder Governance-Ansatz unterstützen möchte. Hier gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen verschiedenen Vorstellungen, wie solche Politik stattfinden soll. Diese Diskrepanz kommt meines Erachtens auch daher, dass internationale Digitalpolitik weit über Internet Governance hinausreicht. Die Regulierung des Internets und seiner Anwendungen ist aber auch weiterhin Teil von internationaler Digitalpolitik. Da muss Deutschland sich nun klar positionieren, was für einen Regulierungs- oder Governance-Ansatz es denn eigentlich in den verschiedenen Teilbereichen unterstützen möchte. Mein Vorschlag ist, sich hier an der Layer-Struktur des Internets zu orientieren, denn die Ebene der Verwaltung der Internetinfrastruktur oder die Ebene der Abstimmung über Protokolle und Standards des Internets kann und sollte anderen Prinzipien und auch anderen Governance-Ansätzen folgen, als zum Beispiel ganz klar nationalstaatliche Handlungsaufgaben wie Cybersicherheit oder auch die Entwicklung von neuen Technologien wie KI. Eine differenzierte Positionierung schafft hier Verbindlichkeit und Klarheit auf der Seite unserer internationalen Partner und – ich denke, das ist auch wichtig – es macht noch einmal klar, wie Deutschland bzw. die EU sich im Verhältnis zu China und den USA positionieren möchte und worin es sich über Bekenntnisse zu Demokratie und Selbstbestimmung hinaus denn auch wirklich von den Positionen der USA und China unterscheiden möchte. Das bringt mich zu meinem letzten Punkt. Wenn es nun wirklich Ziel ist, die deutsche internationale Digitalpolitik beziehungsweise auch im Europäischen Staatenverbund die globale digitale Ordnung nach unseren Wertvorstellungen und Interessen gestalten zu können – gerade auch in Abgrenzung zu anderen großen Akteuren –, dann sollte die deutsche internationale Digitalpolitik auch ganz bewusst Akzente setzen und diese auf der europäischen Ebene stärker einbringen. Akzente, die über Demokratieförderung und Menschenrechtsförderung sogar noch hinaus gehen. Man sollte sich klar machen, was sind eigentlich unsere Stärken hier, was können wir gut, was haben wir schon

für Expertise, was ist schon in der deutschen Digitalpolitik verankert und für was haben wir schon Anerkennung im Ausland. Zum Abschluss nenne ich drei Punkte, die wurden schon tatsächlich genannt, vor allen Dingen von meiner Kollegin de Bastion, das sehe ich genauso, im Bereich Nachhaltigkeit, Open Source und auch in der sehr aktiven Community der nichtstaatlichen Vertreter, die eine sehr große digitalpolitische Expertise mitbringen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, das war Dr. Julia Pohle vom Wissenschaftszentrum Berlin. Zugeschaltet ist uns jetzt Dr. Roxana Radu von der University of Oxford.

SVe **Dr. Roxana Radu**: Vielen Dank. Und ich danke Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an dieser sehr aktuellen Diskussion. Bitte entschuldigen Sie, dass ich nicht persönlich bei Ihnen sein kann. Es gibt viele Spannungen in der globalen Digitalpolitik, und wir könnten behaupten, dass es mehr als je zuvor sind. Die deutsche internationale Digitalpolitik sollte auf diese aktuellen Herausforderungen reagieren, aber auch eine Vision für die Zukunft vorsehen. Sowohl kurz- als auch langfristige Ziele müssen in Angriff genommen werden: vom Abschluss der drei Prozesse auf UN-Ebene, der bis 2025 erfolgt sein soll, bis hin zur Förderung des Internets als globales öffentliches Gut. Wenn wir in naher Zukunft ein einziges Netz behalten wollen, erscheint es heute dringend geboten, auf die Minimierung der Gefahr einer digitalen Divergenz und einer weiteren Abschottung der Politikgestaltung im digitalen Bereich hinzuwirken. Da wir uns hier mit der internationalen Dimension befassen, werde ich meine einleitenden Bemerkungen auf die globale Dynamik konzentrieren. Der Umfang des digitalen Bereichs ist exponentiell gewachsen. Das ist zum großen Teil auf die Technologie und ihren Querschnittscharakter zurückzuführen, von der Gesundheit über die Umwelt bis zum Handel. Der geopolitische Kontext, der diese Entwicklung prägt, scheint einige dieser Ergebnisse der Regierungsführung maßgeblich zu bestimmen. Wir bewegen uns weg von globalen Gesprächen hin zu kleineren, club-ähnlichen Vereinbarungen im Rahmen von bilateralen oder plurilateralen Handelsabkommen oder im Rahmen von Verhandlungen über Positionen bei der Standardisierung. Die Vereinten Nationen sind derzeit dabei, einen Teil ihrer globalen Rolle



in der Digitalpolitik neu zu definieren, aber das Ergebnis ist noch nicht abzusehen. Und sie befinden sich allgemein in einer Phase der Bewertung ihrer bisherigen Aktivitäten und untersuchen, wo sie noch mehr tun könnten. Wir beobachten drei wichtige Trends, die diese nächste Phase des Internets kennzeichnen und die wir meiner Meinung nach im Auge behalten sollten, wenn wir über die internationale digitale Strategie sprechen. Es gibt eine Fragmentierung, Polarisierung und Hybridisierung. Bei der Fragmentierung haben wir eine lange Debatte erlebt, in der ein ganzes Spektrum von Optionen durchgespielt wurde. Das Internet ist ein Netz autonomer Netze, das heißt, es vereint kleinere Netze. Damit es als globales System funktioniert, gibt es eine eindeutige Reihe Standards und Protokolle, die von allen übernommen werden. Das einheitliche System, das seit den 80er Jahren in Kraft ist, wird nun in Frage gestellt, und zwar sowohl im Hinblick auf die Strategie als auch auf die technische Entkopplung. Wir entfernen uns von gemeinsamen Standards und verfolgen dabei aktuell zwei Wege. Der erste ist eine private digitale Infrastruktur im Besitz von Big Tech. Es geht um den Aufbau eines privaten Netzwerks mit zunehmender Dienstleistungsspezialisierung, sehr wenig Transparenz und sehr wenig öffentlicher Beaufsichtigung. Wir sehen die Integration vieler verschiedener Technologieanwendungen und aller Funktionen in eine einzige Plattform. Als Nutzer brauchen Sie diesen Walled Garden eigentlich nie zu verlassen. Ein anderer Weg, den wir in letzter Zeit beobachten konnten, ist die nationale Zersplitterung. Hier bewerten die Regierungen die Kontrolle innerhalb ihrer eigenen Grenzen neu und greifen verstärkt auf inländische Überwachung, Internetabschaltungen und die Einschränkung der Freiheiten der Bevölkerung innerhalb ihrer Grenzen zurück. Das kann auf technischer Ebene geschehen, wirkt sich aber auch auf die politische Ebene aus. Diese einseitige Auferlegung von technischen, Werte verankernden Regeln ist ein wirklich besorgniserregender Trend. Die Entscheidungsfindung wird hier sehr stark von der Festlegung von Standards und von politischen Verhandlungen abhängen. Wir stellen jedoch eine Fragmentierung der Rechte und Freiheiten fest, die sofortige Aufmerksamkeit erfordert, denn die Möglichkeiten zum Schutz der eigenen Rechte online hängen davon ab, wo man sich auf

der Welt befindet. Der zweite Trend, der von einigen meiner Kollegen bereits erwähnt wurde, ist die Polarisierung. Wir erleben einen großen Machtkampf. Er findet zwischen den USA und China statt, und es gibt den Druck, eine bestimmte Technologie zu übernehmen. Der europäische Weg liegt irgendwo in der Mitte, aber es gibt immer noch Spannungen darüber, wie die endgültige europäische Position zur strategischen Autonomie, zur digitalen Souveränität in Bezug auf die einzelnen Mitgliedsstaaten aussieht. In diesem schwierigen normativen Kontext wird nun die Infrastruktur als zentraler Kontrollpunkt in den Blick genommen. Die Entwicklungsländer befinden sich in einer wirklich unangenehmen Situation. Solange wir nicht über unsere globale Vision des Internets nachdenken, können wir diese Spannungen nicht lösen, da die Technologie eines Lagers in der Regel mit politischen und wirtschaftlichen Bedingungen verbunden ist.

Die **Vorsitzende**: Okay. Vielen Dank. Es tut mir leid. Die Zeit.

SVe **Dr. Roxana Radu**: Ich brauche nur noch 30 Sekunden, um das mit der Hybridisierung abzuschließen.

Die **Vorsitzende**: Nein, es tut mir leid, aber wir haben nicht viel Zeit. Wir müssen hier aufhören. Das ist keine schöne Aufgabe hier immer zu stoppen, aber wir haben ein hartes Zeitregiment. Vielen Dank, Dr. Roxana Radu. Sie können ja vielleicht Ihre Anmerkungen gleich noch bei Antworten mit einbringen. Als nächstes hat das Wort Julian Ringhof. Er war oder ist Experte für Digitale Außenpolitik, unter anderem früher beim Europarat aber auch bei Mercator und anderen.

SV **Julian Ringhof**: Ja, sehr geehrte Ausschussvorsitzende, sehr geehrte Ausschussmitglieder, erst einmal vielen Dank für die Möglichkeit, hier heute zu diesem sehr wichtigen Thema Stellung beziehen zu dürfen. Bevor ich beginne, die kurze Anmerkung, dass ich seit kurzem nicht mehr beim European Council on Foreign Relations arbeite, sondern seit dem 1. Oktober bei der Europäischen Kommission. Meine Stellungnahme bezieht sich allerdings ausschließlich auf meine Erkenntnisse während meiner Zeit beim European Council on Foreign Relations, und ich kann keinerlei Aussagen in Bezug zu meiner neuen Arbeit bei der Kommission machen. Erst einmal ist es natürlich



sehr erfreulich, dass sich alle Sachverständigen wohl sehr einig sind. Was weniger erfreulich ist, ist, dass mein Beitrag deshalb ein wenig wiederholend wirken wird, aber das betont vielleicht die Wichtigkeit der Punkte. Ich möchte im Folgenden drei Aspekte ansprechen, die ich für diese Anhörung besonders wichtig finde. Erstens, weshalb eine deutsche Strategie für internationale Digitalpolitik dringend geboten ist, welche Themengebiete die Strategie behandeln sollte und welche Maßnahmen notwendig sind, damit Deutschland in diesen Bereichen besser aufgestellt ist. Weshalb ist die Strategie wichtig? Digitale Technologien wirken seit jeher und heute mehr denn je grenzüberschreitend. Auch wenn uns da vor allem das Internet in den Sinn kommt, gilt das genauso für etliche andere digitale Technologien und Bereiche. Neben etwa der transnationalen Entwicklung und dem Handel von Halbleitern gilt dies zum Beispiel auch für die Prozesse und Auswirkungen der technischen Standardisierung. Welche Unternehmen aus welchen Ländern beispielsweise die technischen Standards von KI oder 6G prägen, haben enorme wirtschaftliche, normative und sicherheitsrelevante Vorteile. Entsprechend dieser globalen Dimension digitaler Technologien ist es ohnehin geboten, Digitalpolitik international zu denken. Doch in Anbetracht zunehmender geopolitischer Spannungen, die auch die Entwicklung, den Handel und die Regulierung von digitalen Technologien zunehmend beeinflussen, ist diese strategische Auseinandersetzung heute noch einmal erheblich wichtiger geworden. Die Großmächte USA und China schränken den internationalen Handel kritischer digitaler Technologien zunehmend ein. Seit einigen Jahren werden internationale Foren wie die Organisation für Internet Governance oder technische Standardisierung Schauplätze politischer Machtkämpfe. Auch wenn das vielleicht etwas eine Vereinfachung ist, geht es dabei schon oft um den Wettstreit liberaldemokratischer Ansätze gegen autoritär geprägte Ansätze. All das hat natürlich enorme Auswirkungen auf Deutschland und die EU. Die Wichtigkeit einer solchen Strategie in der heutigen Zeit steht außer Frage. Welche Themengebiete sollte eine solche Strategie behandeln? Was ist für Deutschland besonders wichtig? Das Handlungsfeld, das die Strategie abdecken sollte, ist breit, kann jedoch entlang drei strukturierender Dimensionen gedacht werden: eine wertepolitische Dimension,

eine wirtschaftspolitische Dimension und eine sicherheitspolitische Dimension. Die Bundesregierung sollte demnach international für die Entwicklung digitaler Technologien entlang demokratischer, liberaler Werte eintreten und sich für die Einhaltung von Menschenrechten im digitalen Raum stark machen. Sie sollte sich für die Stabilisierung und die Weiterentwicklung einer regelbasierten Ordnung und für internationale Zusammenarbeit bei digitalpolitischen Themen einsetzen. Die Bundesregierung sollte Deutschlands und Europas Wohlstand durch eine resiliente Digitalwirtschaft sichern und zu einer nachhaltigen und inklusiven digitalen Entwicklung weltweit beitragen. Sie sollte Anstrengungen unternehmen, Deutschlands, Europas und die globale Sicherheit im digitalen Zeitalter zu erhöhen. Das bedeutet beispielsweise, dass Deutschland und die EU internationale Kooperationen für menschenzentrierte digitale Gesetzgebung ausbauen sollten, zum Beispiel in den Bereichen KI und digitale Plattformen. Deutschland und die EU sollten den Zugang zu kritischen Technologien wie etwa Halbleitern durch handelspolitische Maßnahmen sichern und internationale Forschungskooperationen mit gleichgesinnten Ländern ausbauen. Deutschland und die EU sollten die Resilienz kritischer Infrastrukturen in Deutschland, Europa und in strategisch wichtigen Drittländern, zum Beispiel in der Ukraine oder im westlichen Balkan, etwa durch Investitionen in sichere digitale Strukturen, wie Internetkabel und Mobilfunk, erhöhen. Abschließend stellt sich natürlich die Frage, wie sich all das effektiv und effizient umsetzen lässt. Erstens ist eine umfassende Analyse notwendig, die natürlich jetzt innerhalb der Strategieentwicklung schon stattfindet. Aber da es die erste solche deutsche Strategie ist und zweitens, jedes der Handlungsfelder allein schon sehr komplex und dynamisch ist, ist eine umfassende Analyse absolut notwendig. Dazu müssen einerseits die Kapazitäten und die Expertise in diesem Bereich in den relevanten Ministerien inklusive BMDV, BMWK und Auswärtigem Amt (AA) dringend ausgebaut werden. Außerdem ist ein dauerhafter Austausch mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig, denn alle spielen eine wichtige Rolle bei der Analyse und der anschließenden Umsetzung verschiedener Maßnahmen. Auf der Basis dieser Analyse müssen da natürlich Prioritäten gesetzt werden, denn die



Bandbreite an Themen ist einfach zu groß, um alle gleichermaßen zu adressieren. Welche Bereiche priorisiert werden können, habe ich schon skizziert, und ich kann dann gerne noch ein paar Beispiele in der Fragerunde nennen, was das dann im Einzelfall bedeuten könnte.

Die **Vorsitzende**: Genau, wunderbar. Vielen Dank an Julian Ringhof, und nun kommen wir zu Berhan Taye, Independent Researcher and Analyst.

Sve **Berhan Taye**: Ausgezeichnet. Vielen Dank. Zunächst möchte ich Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an dieser öffentlichen Anhörung danken. Ich möchte mich auch bei Herrn Bacherle und den Grünen für die Einladung bedanken, das Parlament zu informieren und damit auch die Arbeit der Bundesregierung zu unterstützen. Für mich sollte Deutschland bei den angesprochenen Themen eine ganzheitliche digitale internationale Strategie und einen kooperativen Ansatz verfolgen und danach streben, ein gerechtes und faires digitales Ökosystem zu schaffen. Was meine ich mit ganzheitlich? In meiner Muttersprache, oder eigentlich in meiner Sprache, sagt man, dass man nicht mit einer Hand klatschen kann. Versuchen Sie es. Es geht nicht. Das bedeutet, dass man keine halben Sachen machen kann. Die deutsche Digitalpolitik sollte ein ganzheitliches Konzept verfolgen, das bürgerliche und politische, aber auch sozioökonomische Rechte umfasst. Bürgerliche und politische Rechte und Fragen werden von der Technologie beeinflusst. Meine Kollegen haben das bereits erwähnt. Das einfachste Beispiel, das ich Ihnen nennen kann, sind Internetabschaltungen. Die Abschaltung des Internets unterbricht die Verbindung von Millionen Menschen, stört das Leben und die Wirtschaft und wird in vielen Fällen dazu benutzt, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Ein klares Beispiel, über das wir heute sprechen können, ist der Stillstand im Gazastreifen, in Palästina, in der Ukraine, in Indien und an vielen anderen Orten. Gleichzeitig müssen aber auch die sozioökonomischen Rechte berücksichtigt werden. Diese Strategie sollte sie wirklich berücksichtigen. Im digitalen Zeitalter wurden weltweit Millionen Arbeitsplätzen geschaffen, aber auch wichtige Arbeitnehmerrechte ausgehöhlt, die mit dem Blut und Schweiß der Arbeitnehmer auf der ganzen Welt erkämpft wurden. Beschäftigte in der Gig Economy auf der ganzen Welt, vor allem

in der globalen Mehrheit und dem von vielen von Ihnen so bezeichneten globalen Süden, tragen diese ungerechte Last. Gleichzeitig beuten Tech-Unternehmen im Namen der Gig Economy die Massen aus und häufen Reichtum und Ruhm an. Bolt, ein europäisches Unternehmen, und Uber haben beispielsweise im Namen der Innovation das Leben verändert. Sie behindern die Gründung von Gewerkschaften, zahlen weniger als den Mindestlohn, bedrohen und schüchtern ihre Fahrer ein. Sie sind nicht reguliert und wir sind nicht in der Lage, sie aus der Sicht der globalen Mehrheit zu regulieren. Unternehmen wie Facebook, OpenAI, Scaleup App und Remote Task und andere stellen junge Menschen aus der ganzen Welt ein, die Inhalte moderieren und Daten für die KI-Nutzung bereitstellen. Diese Arbeitnehmer haben zum Beispiel selbstfahrende Autos gekennzeichnet. Bei Unternehmen wie Mercedes, BMW und Tesla erhalten junge Arbeitnehmer häufig weniger als den Mindestlohn, arbeiten mehr als 12 Stunden und haben keine richtigen Verträge. Wenn sie ihre Arbeit beschreiben, sagen sie, es sei die Hölle auf Erden. Es ist die Hölle auf Erden wegen des Inhalts, mit dem sie umgehen müssen. Ich bin mir sicher, dass Sie diese Diskussion in Kenia verfolgen konnten. Aber es sind auch die Arbeitsbedingungen, wenn [diese Arbeiten] für Tesla, Mercedes und andere Unternehmen ausgelagert werden, die sie traumatisiert zurücklassen, unfähig, gegen diese Formen der modernen Sklaverei aufzubegehren. Und wenn sie es wagen, etwas zu sagen, werden sie entlassen. Das gehört auch zum digitalen Ökosystem, über das wir hier sprechen. Tech-Unternehmen in San Francisco und europäischen Hauptstädten – wenn ich nicht zu sehr übertreibe – sind für mich die neuen Sklavenhalter geworden, die die mangelnde Regulierung ausnutzen und viele zwingen, ohne angemessene Bezahlung zu arbeiten. Aus meiner Sicht kann die deutsche Digitalpolitik nicht an diesen Fragen vorbeigehen, denn das ist die halbe Geschichte des digitalen Ökosystems, das wir betrachten. Sie muss diese Realitäten einbeziehen. Dieser Ansatz und dieser Fokus sind nicht nur einzigartig, sondern haben meiner Meinung nach auch das Potenzial, sich auf Millionen Arbeitnehmer weltweit auszuwirken. Diese Strategie sollte meiner Meinung nach nicht nur ganzheitlich, sondern auch kollaborativ sein. Im Geiste der Zusammenarbeit



sollte Deutschlands neue Digitalpolitik darauf abzielen, seine vorbildlichen Erfahrungen bei der Regulierung von Big Tech mit anderen Ländern zu teilen. Das kann meiner Erfahrung zufolge zur Stärkung der Regulierungsbehörden und -rahmen beitragen. Die Tech-Regulierung in Deutschland ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern Lichtjahre voraus. Viele Länder können von den praktischen Erfahrungen Deutschlands mit der Regulierung von Taxiruf-Apps (Taxi-Hailing-Apps) wie Uber profitieren. Nicht perfekt, aber immerhin etwas. Gesetze zur Inhaltsmoderation wie NetzDG und andere. Deutschland könnte die Erfahrungen von Ländern wie Kenia, Äthiopien und anderen übernehmen und daraus lernen. Schließlich sollte die neue Digitalpolitik meiner Meinung nach ein faires und gleichberechtigtes digitales Ökosystem anstreben, da wir alle miteinander in Kontakt treten und interagieren müssen. Für mich persönlich als Äthiopierin und Afrikanerin – meine Vorfahren haben gegen die Kolonialisierung durch die Siedler gekämpft – ist dieses Gespräch in Berlin der Kampf um Afrika und mein Land. Meine Vorfahren sind vor nicht allzu langer Zeit hier gewesen. Deshalb müssen wir meiner Ansicht nach über die Rolle der Technologie bei der Neokolonisierung sprechen. Die internationale Digitalpolitik sollte sich diesen in der Vergangenheit von Rassismus und sexistischer Wissenschaft und Technologie verursachten Schäden nicht verschließen. Es ist zwar wichtig, diese Geschichte zu verstehen, aber ebenso wichtig ist es, zu untersuchen, wie sich diese historischen Ungerechtigkeiten heute durch die Technologie, Neokolonisierung und andere moderne Unterdrückungen manifestieren; dem kann man sich nicht verschließen. Wie werden Menschen beispielsweise von großen Sprachmodellen entmutigt und diskriminiert? Im Laufe dieser Geschichte hat Deutschland verstanden, welche Auswirkungen die Entfremdung von Gemeinschaften, sei es durch Technologie oder andere Mittel, und die Missachtung der Identität, der Religion und der Menschlichkeit auf die Menschheit haben. Daher sollte sich Deutschland im Geiste der Brüderlichkeit und der Zusammenarbeit für einen ethischen Standard im Zusammenhang mit neuen Technologien einsetzen, damit die Schwächsten nicht erneut von der Technologie kolonisiert werden, wie es bei uns durch die Baumwollunternehmen geschah. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und als nächstes hat das Wort Christoph Tovar vom Bitkom-Verband.

SV **Christoph Tovar**: Ja, vielen Dank, hier heute sprechen zu dürfen. Wir haben uns innerhalb Bitkom natürlich auch Gedanken zur internationalen Digitalstrategie gemacht, und ich freue mich, jetzt heute die Gedanken unserer Taskforce Internationale Digitalpolitik mit Ihnen teilen zu dürfen. Grundsätzlich begrüßen wir die Idee der internationalen Digitalstrategie, wir stimmen mit der Bundesregierung darin überein, dass die deutsche Digitalpolitik und die internationale Digitalpolitik besser vernetzt werden muss, dass sie stärker koordiniert werden muss und intensiviert werden muss. Wir sehen, dass das globale Reguliungsinteresse an digitalen Technologien von Datenlokalisierungsvorschriften für Social Media Networks in Vietnam bis zum Global Digital Compact der UN enorm ist. Wir sehen ebenfalls natürlich, dass global erkannt wurde, welche Rolle Standards und Normen spielen, aber auch natürlich, welche Rolle Technologiezugänge zum Beispiel für den wirtschaftlichen und die politischen Interessen einzelner Länder spielen können. Die internationale Digitalstrategie gibt uns natürlich die Möglichkeit, uns besser in diesem internationalen Nexus zu verorten. Konkrete Ziele, auf die sie hinarbeiten sollte, um diese einmal zu nennen, sind aus unserer Sicht natürlich die Steigerung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, der Schutz des Klimas, die Bekämpfung der digitalen Blockbildung – die wurde hier schon verschiedentlich skizziert – und eine internationale, digitale, resiliente Infrastruktur. Wichtig dabei ist auch nicht zuletzt das Gewinnen neuer Partner. Drei Vorschläge, wie das gehen könnte: Erstens, bei der Digitalregulierung ist sehr viel auf europäischer Ebene passiert. In der Vergangenheit haben wir gesehen, dass die Bundesregierung in den entsprechenden digitalpolitischen Portfolios sehr spät aktiv war. Das hatte einen systemischen Grund. Wir haben gesehen, dass die Abstimmungsprozesse innerhalb der Bundesregierung so lange gedauert haben, dass man eben erst mit einer gemeinsamen Position herausgehen konnte an der Stelle, an der viele Teile der verschiedenen Ratsverhandlungen schon abgeschlossen waren. Danach sehen wir durchaus, dass die Bundesregierung sich intensiv einbringt. Das wollen wir auch nicht in Abrede stellen, auf keinen Fall. Wir



wollen aber anregen, sich in Zukunft im Sinne eines Minimum Viable Products deutlich früher einzubringen. Das heißt, in den Häusern abzustimmen, was sind die Linien, auf die wir uns einigen können, und dann dafür schon zu werben. Es ist völlig in Ordnung, Streitfälle außen vor zu lassen, aber das wäre ein erster wichtiger Beitrag. Zweitens, internationale Gremien und Partnerländer. Das wurde jetzt auch schon verschiedentlich angesprochen. Ich muss da, nicht auch noch einmal eine Grundlagenvorlesung dazu halten. Der Punkt ist, wir sind sehr darauf angewiesen, in der Position, die wir haben, nicht nur europäische Partnerländer einzubinden, sondern natürlich international aktiv zu sein. Präferiert natürlich mit Wertepartnern. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen, aber es kann natürlich auch notwendig sein, punktuell mit Partnerländern zusammenzuarbeiten, mit denen wir eben nur punktuell übereinstimmen. Das passiert auch schon. Wir sehen die Arbeit, das passiert zum Beispiel im Rahmen der G20. Das ist nichtsdestotrotz sehr wichtig. Ein paar Empfehlungen, die ich hier machen möchte. Das erste ist natürlich, Gremienaktivitäten auszubauen. Normen und Standardisierung habe ich schon tangiert. Die entsprechenden Gremien – der International Telecommunication Union (ITU) zum Beispiel – stärker zu bespielen und zu koordinieren, ist essentiell. Das bedeutet aber auch, vor allem aus unserer Sicht, die finanzielle Unterstützung für KMU bereitzustellen, die sich in diesen Normungs- und Standardisierungsgremien einsetzen wollen. Das heißt aber auch, zweitens, bilaterale Foren auszubauen. Die deutsche Regierung baut zum Beispiel gerade internationale Digitaldialoge aus. Wir sehen, das ist ein Beispiel eines sehr guten Projekts. Wir begrüßen, dass es intensiviert wird und würden empfehlen, das auch weiter zu tun. Letzter Punkt, auch das klang gerade schon an. Die internationale Digitalstrategie sollte als Kooperationsangebot formuliert werden, und auch daran sollte gedacht werden. Das heißt auch, kleiner konkreter Vorschlag, das Dokument direkt auch auf Englisch hochzuladen, einfach um leichter zugänglich zu sein. Darunter gibt es eine Reihe an Themenfeldern, auf die ich jetzt nur ganz kurz eingehen kann. Das kann man vielleicht auch im Anschluss vertiefen. Der erste Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die internationalen Wirtschaftsaktivitäten und die Digitalisierung in diesem Kontext.

In der Vergangenheit wurde Digitales zum Beispiel im Handelsabkommen ausgeklammert. Das hat sich inzwischen großenteils geändert. Wir machen darauf aufmerksam an dieser Stelle, dass hier der Fokus in Zukunft wirklich liegen muss. Eine einfache Zahl: Unser Dachverband Digital Europe hat das einmal ausgerechnet, wenn man die Kosten, die Beschränkungen für Datenflüsse generieren, abbauen würde, dann würde man bis 2030 ungefähr zwei Billionen Wachstum ermöglichen. Andere Themen sind die bessere Verschränkung von Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik und natürlich auch die Nachhaltigkeitspolitik, die nicht vergessen werden sollte. Das an dieser Stelle.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Super. Das letzte Statement ist von Dr. Daniel Voelsen von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Danach geht es in die Frage- und Antwortrunde. Bitteschön.

SV Dr. Daniel Voelsen: Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich danke Ihnen für die Einladung und freue mich sehr auf den heutigen Austausch. Zu Beginn möchte ich noch einmal etwas grundlegender ansetzen, nämlich mit der Frage, wie wir eigentlich den Gegenstand internationaler Digitalpolitik fassen können. Gerade, da zum ersten Mal eine Bundesregierung hierzu eine Strategie entwickeln will, scheint mir diese begriffliche Klärung tatsächlich notwendig. In Anlehnung an Max Weber verstehe ich Politik als den Versuch, Macht zu erlangen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Im Fall der Digitalpolitik bezieht sich das auf Digitaltechnologien, insbesondere, aber nicht nur, auf das Internet. Die internationale Digitalpolitik umfasst dann all jene Aktivitäten, die über die Grenze einzelner Staaten hinausreichen. Dazu gehören auch strukturelle Machtasymmetrien, ganz sicherlich auch die Macht von nichtstaatlichen Akteuren. Die strategische Bedeutung der internationalen Digitalpolitik ergibt sich demnach daraus, dass hier auf internationaler Ebene Weichen gestellt werden. Weichen, die auch direkt Folgen für den Gestaltungsspielraum nationaler Digitalpolitik haben. Die Ausgangslage ist dabei derzeit leider denkbar schlecht. Die sich verschärfende geopolitische Konfrontation zwischen den USA und China, gerade auch im Bereich Digitaltechnologien, ist für Deutschland eine



enorme Herausforderung. Autoritäre Staaten nutzen digitale Technologien, um ihre Macht zu konsolidieren. Einige davon, allen voran China und Russland, verbinden dies mit dem Ziel, die globale digitale Ordnung nach ihren Vorstellungen umzuformen. Die Vereinten Nationen sind zunehmend blockiert. Die Bereitschaft zu globaler Kooperation ist äußerst gering. Blickt man auf dieses internationale Umfeld, wird umso deutlicher, warum Deutschland hier eine klare strategische Linie braucht. Grundsätzlich sollte der Anspruch dabei sein, alle relevanten Entwicklungen und Prozesse im Blick zu behalten. Um tatsächlich gestaltend Einfluss nehmen zu können, ist es aber notwendig, Prioritäten zu setzen. Das muss letztlich politisch erfolgen. Dafür sind wir auch heute hier. Allerdings gibt es aus meiner Sicht gute Gründe, einem Themenkomplex besondere Aufmerksamkeit zu widmen: der Verteidigung von noch bestehenden Freiheitsräumen in der globalen digitalen Ordnung. Das mag auf den ersten Blick sehr defensiv klingen. In der aktuellen Lage geht es aber tatsächlich darum, zunächst ein weiteres Erstarren autoritärer Ordnungsvorstellungen zu verhindern und für die mittlere und für die längere Frist die institutionellen Voraussetzungen für anspruchsvollere Formen der Kooperation zu bewahren. An diesem Punkt lässt sich auch konkret illustrieren, welche Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung zur Verfügung stehen. Im Rahmen zwischenstaatlicher Verhandlungen bilateral, vor allem auch im Rahmen der Vereinten Nationen (VN), werden diese Fragen explizit politisch verhandelt. Für die Bundesregierung gilt es, hier eine – nicht einfache – Balance zu finden. Einerseits zählt die Unterstützung der VN zu den Grundpfeilern der deutschen Außenpolitik und ist es daher wünschenswert, dass die VN auch in diesem Bereich handlungsfähig werden. Andererseits ist aber auch zu beobachten, dass eine Reihe von Staaten versuchen, gerade über den Weg der VN die globale digitale Ordnung autoritärer umzugestalten. Da Deutschland sich in den VN hohe Anerkennung erarbeitet hat, hat hier die Bundesregierung die Gelegenheit, gestaltend wirksam zu werden. Dabei geht es zum einen darum, ein Aufweichen menschenrechtlicher Schutzmechanismen zu verhindern, etwa im Rahmen der aktuellen Verhandlungen über die sogenannte Cybercrime Convention. Zum anderen geht es aber auch darum, in der Debatte um den Global

Digital Compact die zukünftige Institutionenordnung in diesem Bereich zu gestalten. In dem Kontext steht für mich die Debatte um das zukünftige Mandat des Internet Governance Forums (IGF) exemplarisch für die Frage nach der zukünftigen Gestaltung von Multistakeholder-Formaten und dem Verhältnis dieser Formate zu multilateralen Foren. Offene technische Standards und Protokolle sind die Grundlage für wirtschaftlichen Wettbewerb, technologische und soziale Innovationen, und sie sichern damit auch auf ihre Weise Freiheitsräume ab. Neben einer klaren politischen Positionierung kann die deutsche Politik hier indirekt dadurch handeln, dass sie Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darin unterstützt, die entsprechenden internationalen Foren aktiv zu begleiten. Hierzu gibt es auf europäischer und auf nationaler Ebene jetzt auch Ansätze. Ergänzt werden könnte dies durch entsprechende Programme, auch im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Um das ganz deutlich zu sagen, da geht es natürlich auch um die Frage, wie man das Ganze finanziell unterfüttern kann. Schließlich ermöglicht Verschlüsselungstechnologie sichere Kommunikation, ob zu politischen, wirtschaftlichen oder privaten Zwecken, und sichert damit ganz direkt Freiheitsräume. Neben einer wiederum notwendigen klaren politischen Positionierung – das ist ja nicht immer ganz so einfach – eröffnet sich hier die Möglichkeit für die deutsche Politik, praktisch auf die internationale Digitalpolitik einzuwirken. Möglich wäre etwa, angelehnt an das Modell des Open Technology Funds in den USA, die Entwicklung und internationale Verbreitung von demokratieförderlichen Technologien und insbesondere Verschlüsselungstechnologien gezielt finanziell zu unterstützen. Ich breche hier ab und freue mich auf die weitere Diskussion. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Ja, ich danke Ihnen ganz herzlich und die Aspekte, die Sie vielleicht noch einbringen wollen – das gilt für alle –, können Sie vielleicht gleich in den Fragerunden noch machen. Ich danke Ihnen jedenfalls ganz herzlich für Ihre Eingangsstatements und wir kommen in die erste Frage- und Antwortrunde. Für die SPD-Fraktion hat Armand Zorn das Wort.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und auch einen großen Dank an die



Fachexpertinnen und -experten, die uns heute zur Verfügung stehen für diese Anhörung. Meine Fragen richten sich an Herrn Ringhof, und ich will mit der Frage der Standards und Normen anfangen. Sie haben das auch erwähnt, wir entwickeln gerade diese internationale Digitalstrategie in einer geostrategischen Lage, wo es auch in Sachen Digitalisierungspolitik kontroverse und sich gegenüberstehende Interessen gibt. Wenn ich nach Ihrer Meinung frage: Wo sollte denn die Bundesregierung einen Schwerpunkt legen, wenn es in diesen Kontext darum geht, auch bestimmte Standardisierungsvorhaben global voranzutreiben?

SV Julian Ringhof: Ja, vielen Dank. Die Antwort ist zugleich sehr einfach und sehr komplex, denn einerseits ist es natürlich klar, dass in Technologiefeldern, die für Deutschland aus politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Gründen besonders wichtig sind, eine führende Rolle bei Standardisierungsfragen grundsätzlich sehr wichtig wäre. Es gibt auch gerade im europäischen Kontext durch die Europäische Kommission den Versuch, festzulegen, welche Technologien, auch digitale Technologien, besonders wichtig sind für Europas Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, aber auch hinsichtlich zum Beispiel der Bekämpfung des Klimawandels. Das ist die einfache Antwort. Die komplexe Antwort ist, dass, nur weil man sich in diesen Bereichen mehr engagieren will, es nicht automatisch heißt, dass man das auch so einfach kann. Denn Standardisierungen sind Dynamiken, die vom Privatsektor in erster Linie getrieben werden, und es hat keinen Sinn, fünf Beamte oder Beamtinnen in ein Gremium zu setzen und das dann zu begleiten. Das führt zu nichts. Das heißt, was man tun kann, ist einerseits dafür zu sorgen, dass die Governance-Strukturen bei wichtigen internationalen Organisationen für Standardisierung stabil bleiben, damit sie nicht politisch unterminiert werden können, zum Beispiel von China. Das ist oft der Vorwurf, und vereinzelt wird es auch schon festgestellt. Allerdings muss man es noch ein bisschen genauer beobachten. Gleichzeitig – das hat der Kollege auch eben schon erwähnt – ist das Allerwichtigste, die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, bei Standardisierung eine führende Rolle zu spielen. Das beginnt bei Industriepolitik in strategisch wichtigen Bereichen, wo man grundsätzlich einfach innovativ werden muss, denn es sind die Innovationsführer,

die auch die Standardisierung anführen. Standardisierung ist gewissermaßen ein Gradmesser für Innovationsleistungen. Gleichzeitig kann man auch zum Beispiel KMU dazu befähigen, vermehrt zur Standardisierung beizutragen, indem man das explizit fördert.

Abg. Armand Zorn (SPD): Vielen Dank. Sie sind in der Stellungnahme auch auf das Thema Partnerschaften eingegangen. Wenn Sie einmal erläutern könnten, warum es zusätzliche Partnerschaften braucht und welcher Mehrwert für die Bundesrepublik Deutschland und für die Europäische Union dadurch entstehen könnte, aber auch für die internationale Gemeinschaft.

SV Julian Ringhof: Ja, genau. Es gibt schon etliche digitale Partnerschaften im EU-Kontext, zum Beispiel mit den USA das Trade and Technology Council, mit Indien das Trade and Technology Council, digitale Partnerschaften mit Japan, Südkorea und Singapur. Erstens glaube ich, dass man diese alle noch ausbauen kann. Es ist natürlich schwer, da die richtige Balance zu finden zwischen mehr in Richtung bindender Instrumente zu gehen, womit man natürlich einfach mehr erreichen könnte. Gleichzeitig wissen wir alle, dass es nicht so einfach ist, in der Europäischen Union da Einigkeit zu finden. Trotzdem glaube ich, dass es insbesondere zum Beispiel beim Trade and Technology Council mit den USA noch Raum gibt, die Verbindlichkeit dieser Kooperationen – sollte die Wahl im nächsten Jahr so ausgehen, wie wir uns das wahrscheinlich fast alle wünschen – dann insbesondere, ansonsten wird es wahrscheinlich schwierig. Andererseits gibt es auch noch andere Länder, mit denen man solche Partnerschaften eingehen könnte. Besonders strategisch wichtige Länder sind zum Beispiel Brasilien oder Indonesien. Natürlich hängt es immer von dem Kooperationsformat ab, welche Themen man dann angeht. Aber zum Beispiel mit Brasilien kann es ganz klar um Gesetzgebungen im Bereich KI und Online-Plattformen gehen. Es ist so – das weiß ich aus meiner Arbeit beim European Council on Foreign Relations und aus den zwei Wochen bei der Kommission, auch wenn ich dazu nicht viel sagen kann –, dass der europäische Ansatz, die Probleme im digitalen Raum einzuhegen und gleichzeitig Bürgerrechte zu stärken, auf sehr großes Interesse weltweit



stößt und wir durchaus andere Länder dabei unterstützen können, da gute Ansätze zu wählen.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und als nächstes hat für die Unionsfraktion der Kollege Nicolas Zippelius das Wort.

Abg. **Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage geht an Herrn Tovar. Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auf die relevanten Verbindungen zwischen der internationalen Digital- oder Handelspolitik und der internationalen Digitalstrategie für Deutschland ein, weitergehend dabei auch auf die Weiterentwicklung der WTO hin zu einer Digital Trade Organization. Können Sie den Punkt noch etwas genauer erläutern und zudem erläutern, welche offenen Fragen, aber auch Potenziale, für Deutschland mit Blick auf das Feld der digitalen Güter bestehen?

SV **Christoph Tovar**: Sehr gerne. Vielen Dank für die Frage. Ich hole einmal ein bisschen weiter aus in Sachen Handelspolitik. Erst einmal, wenn wir konstatieren, dass es da eine ganze Reihe an Hausaufgaben in Deutschland gibt, in Sachen Exportförderung, da die Exportförderung aktuell nicht den Bedarfen der Digitalwirtschaft in einigen Bereichen entspricht. Das einfach nur einmal vorweg geschoben. Zweitens sehen wir, dass die World Trade Organisation (WTO) eine der wichtigsten Organisationen ist und auch Abkommen, die im Rahmen der WTO abgeschlossen werden, um deutschen Handel weltweit zu ermöglichen. Wir sehen aber auch gleichzeitig, dass die WTO sehr langsam darin ist, die Abkommen, die es dafür und für digitale Güter gibt, abzuschließen. Diesen Prozess zu forcieren und weiterzubringen, das ist ganz essenziell. Dazu gehören dann auch Themen – das mag jetzt erst einmal abschreckend klingen – wie das Moratorium auf Zölle für digitale Übertragung. Das ist ein Rückgrat für den digitalen Handel, sich da wirklich einzubringen. Das macht die Bundesregierung auch schon, da dran zu bleiben und das weiterzuentwickeln. Das ist wichtig. Und dann sich im Weiteren dafür einzusetzen, dass Datenflüsse zu anderen Ländern international erleichtert werden. Dazu gehört dann zum Beispiel auch, sich im Fall von personenbezogenen Daten dafür einzusetzen, dass es zum Beispiel

eine europäisierte Aufsichtsstruktur in Sachen Datenschutz gibt und wir so ein bisschen weg davon kommen, dass es 17 Datenschutzbeauftragte in Deutschland gibt, die alle eine unterschiedliche Rechtsauffassung vertreten. Dazu gehört aber auch, bei nicht personenbezogenen Daten entsprechende Datenflüsse zu erleichtern. Das in aller Kürze.

Abg. **Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ich danke Ihnen. Ich hätte eine weitere Frage an Herrn Dr. Röhl. Sie gehen in Ihrer Stellungnahme darauf ein, dass KMU eine wichtige Rolle im Rahmen von Normierungs- und Standardisierungsprozessen spielen. Das teile ich und teilen wir auch. Auch der Gedanke, dass der engere Schulterschluss dort zwischen Wirtschaft und Politik benötigt wird. Welche Rückmeldung erhalten Sie dabei von deutschen Unternehmen, von KMU, und an welcher Stelle können sich die Unternehmen in Deutschland eine stärkere Unterstützung durch die Bundesregierung vorstellen? Wie kann man aus Ihrer Sicht den Dialog und die Zusammenarbeit im Sinne der Stärkung einer deutschen internationalen Digitalstrategie verbessern?

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Vielen Dank für die Frage. Es ist tatsächlich so, dass wir aus unseren Studien und Unternehmensbefragungen wissen, dass wir eine enorme Bandbreite an Digitalisierungskompetenzen und -fähigkeiten der KMU haben, um das einmal vorzuschicken. Viele KMU in Deutschland sind da weiterhin sehr schwach aufgestellt und ringen mit den Basics, während wir einen bestimmten Anteil an KMU haben – Startups vielfach – die dann an der Spitze der Digitalisierung stehen. Wie bringen wir die stärker ein in diese Standardisierung? Klar, wir haben diese Standardisierungsgremien, die angesprochen wurden. Da ist es natürlich schon wichtig, dass KMU eine entsprechende Hilfestellung erhalten. Das kann über die Verbände erfolgen, wie der Bitkom, Startups, und der Mittelstandsausschuss des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) wäre auch ein guter Partner dafür. Aber wir brauchen natürlich auch – Herr Ringhof oder Herr Tovar haben es schon angesprochen – eine Unterstützung für KMU, um in diese Standardisierungsgremien hineinzugehen. Denn das ist sehr arbeitsaufwendig, denn sie müssen dafür Leute abstellen und haben Reisekosten. Es gibt natürlich



auch die Frage, ob man im Rahmen der Digitalisierungshilfen, die es gibt, vielleicht auch die KMU unterstützt, dort hineinzugehen und bei der Standardisierung wirklich aktiv mitzuarbeiten.

Abg. **Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ich danke Ihnen vielmals. Da jetzt noch kurz Zeit bleibt, will ich noch zu Herrn Tovar übergehen. Wie kann aus Ihrer Sicht die Bundesregierung eine aktivere Rolle im Rahmen der europäischen Digitalpolitik generell einnehmen? In welchen Themen könnte Deutschland auf EU-Ebene Taktgeber sein?

SV **Christoph Tovar**: Danke. In aller gebotenen Kürze: Ich glaube, die Aufgabe besteht darin, einen schnelleren Prozess zu finden, um sich politisch einzubringen. Ein Beispiel sind die Franzosen, die das sehr zentral auswählen, was sie als Position erstmal vertreten. Daran könnte man sich zum Beispiel orientieren. Und was die Politik in Brüssel angeht, da muss man sagen, der Ball liegt vor allem bei der künftigen Kommission, die bald kommt, und dann ehrlicherweise, idealerweise bei allen Themen. Das wäre wünschenswert.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tobias Bacherle.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Ich beginne mit einigen Fragen an Sie, liebe Berhan Taye. Ich danke Ihnen vor allem für Ihre Ausführungen zu den digitalen Lieferketten und der Verantwortung, die wir dafür tragen. Aber wenn wir einen größeren Zusammenhang betrachten, nutzen viele, viele Staaten digitale Instrumente zur Unterdrückung oder zur Repression im Allgemeinen, zum Beispiel Internetabschaltungen. Welche Entwicklungen beobachten Sie in diesem Kontext? Und wo glauben Sie, dass Deutschland und die Europäische Union wirksamer gegen solche Dinge vorgehen können?

SVe **Berhan Taye**: Ich danke Ihnen für diese Frage. Ja. Die Zahl der Internetabschaltungen nimmt weltweit zu. In den Jahren 2016, 2015 gab es eine Handvoll Länder, die das Internet abschalteten. In den Jahren 2018 und 2019 und auch jetzt verzeichnen wir fast jedes Jahr über 200 Abschaltungen. Zu den größten Verursachern der Abschaltungen gehören Länder wie Indien, Länder wie Äthiopien und andere. Früher ging man davon aus, dass nur nichtdemokratische Staaten das

Internet abschalten würden. Die Realität sieht leider so aus, dass auch demokratische Staaten mit dem Gedanken spielen, das Internet abzuschalten, wie wir es kürzlich zum Beispiel im Senegal erlebt haben. Wir sehen Abschaltungen, wenn ein Land in politischem Aufruhr ist, wenn es Proteste gibt, wenn Regierungen Wahlen fälschen wollen – das ist ein sehr wirksames Mittel. Sie haben das Internet abgeschaltet, und wir sehen, dass die EU und Deutschland diese Diskussion stark beeinflussen können, und insbesondere haben viele der von uns betrachteten Unternehmen ihren Sitz in Europa. Wir sprechen über Orange. Wissen Sie, die [France] Télécom und andere Unternehmen haben ihren Sitz in Europa. Ihre Unternehmenszentralen befinden sich in europäischen Hauptstädten. Es gibt also einen Druck, den das Parlament selbst, aber auch die Regierungen auf diese Sektoren ausüben können. Das ist wirklich wichtig. Das zweite neue, von uns beobachtete Phänomen ist beispielsweise der Versuch, TikTok in den USA zu sperren, ob man es nun mag oder nicht. Man ging davon aus, dass dies der nationalen Sicherheit dient. Später haben wir herausgefunden, dass Facebook bei den Republikanern Lobbyarbeit für die Sperre von TikTok geleistet hat, da es ihnen Marktanteile abgenommen hat. Wir brauchen einen sehr differenzierten Ansatz für den Umgang mit Internetabschaltungen. Letztendlich wissen wir aber, dass sie Menschen trennen, dem Einzelnen schaden und Gegenstimmen unterdrücken.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Daniel Voelsen. Wie beurteilen Sie die Zukunft der dezentralen Struktur des Internets, insbesondere im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen dem auslaufenden IGF-Mandat und dem Global Digital Compact, gerade auch im Kontext der Einbindung von Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft? Sie haben das bereits angesprochen, aber vielleicht können Sie noch etwas darauf eingehen.

SV **Dr. Daniel Voelsen**: Ja, ich möchte meinen Punkt wiederholen. Vielen Dank für die Frage. Ich habe das Gefühl beziehungsweise den starken Eindruck, dass wir da in der Defensive sind. Es gibt diese Vision, dieses Ideal, eines dezentralen, aber auch weitgehend demokratisch organisierten Internets. Davon sind wir aber schon ein ganzes



Stück weit entfernt, insbesondere durch das Wirken von Staaten, die ganz andere Ordnungsvorstellungen mit ihrer Digitalpolitik verbinden. Meine Sorge ist, dass der Global Digital Compact und in dem Kontext die Diskussionen um das Internet Governance Forum ziemlich schnell an ihre Grenzen geraten werden. Das heißt nicht, wenn ich das immer so betone, dass man jetzt die Hände in den Schoß legen und aufgeben soll. Es bleibt eine Aufgabe der demokratischen Staaten, für diese Strukturen zu kämpfen. Wir brauchen allerdings auch eine noch ehrlichere Diskussion darüber, wie ein solches Forum wie das Internet Governance Forum wirklich funktionieren kann. Die ursprüngliche Erwartung, die damit bei seiner Gründung einmal verbunden wurde, kann es in der aktuellen Lage nicht erfüllen.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich komme auf Sie zurück, liebe Berhan Taye. Deutschland geht auf bestimmte Staaten in der Welt zu, um digitale Dialoge zu führen. Sie sind aus Kenia hierher gekommen. Was kann Deutschland Ihrer Meinung nach bei diesen Dialogen von Staaten wie Kenia lernen?

Sve **Berhan Taye**: Ich denke, das Wichtigste ist, das Gespräch nicht als Monolog zu führen, sondern als Dialog, zu dem wir etwas beitragen können, so wie Sie etwas für uns beitragen können. Ich glaube, das ist der Kern der Sache, der wirklich entscheidende Kern. So wie Sie vor 20 Jahren versucht haben, zu digitalisieren, so digitalisieren wir jetzt zur gleichen Zeit. In einigen Bereichen sind wir in unserem Verständnis um Jahre voraus, da wir neue Technologien einsetzen. Es gibt eine Menge, was wir gemeinsam tun können. Aber Deutschland ist meiner Meinung nach stark. Wie strukturieren Sie Ihre Regulierungsbehörde? Das ist immer eine Frage, die wir uns stellen, insbesondere im Hinblick auf die Technologie. Das ist etwas, was wir von Ihnen lernen können. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat Maximilian Funke-Kaiser das Wort.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank an die Sachverständigen. Vorneweg freue ich mich erst einmal, dass alle Sachverständigen sich darüber freuen, dass wir nun eine internationale Digitalstrategie haben. Ich denke, das macht auch noch einmal deutlich, dass für die Bundesregierung die

Digitalpolitik auf europäischer und vor allem auf internationaler Ebene kein Nischenthema ist, sondern man herausstellt, dass das enorme Auswirkungen hat auf Sicherheitsaspekte, auf die Wettbewerbsfähigkeit und auf gesellschaftliche Implikationen. Das spielt auch im Hinblick auf autoritäre Staaten eine besondere Rolle. Wir haben derzeit sehr intensive Debatten darüber, wie wir mit Sicherheitsaspekten in unserem 5G-Netz umgehen. Da kommt zum Beispiel China ins Spiel. Meine erste Frage geht an Frau Pohle. Sie haben herausgestellt, dass wir natürlich in einem Wettbewerb mit China stehen, aber auch, dass die Gesprächskanäle nicht abreißen sollten. Meine erste Frage ist: Halten Sie es auch angesichts der derzeitigen Diskussionen für realistisch, dass wir – so wie Sie es fordern – die Gespräche intensivieren können, und welchen Rahmen sehen Sie als geeignet an, um diesen Austausch zu intensivieren?

Sve **Dr. Julia Pohle**: Vielen Dank für die Frage. Ich möchte auch noch ein bisschen darauf eingehen, wo ich diesen Wettbewerb mit China sehe. Ich habe das Gefühl, es ist nicht nur ein einseitiger Wettbewerb, der sich nur mit China abzeichnet. Es ist ein geopolitischer, geoökonomischer Wettbewerb, den wir global zwischen sehr unterschiedlichen Akteuren beobachten, und gerade Deutschland als Teil der Europäischen Union bezieht in den letzten Jahren sehr klar Stellung und möchte sich positionieren, indem es einen dritten, alternativen Weg für eine digitale Transformation vorschlägt, der sich sowohl von dem chinesischen als auch von dem US-amerikanischen Modell abgrenzt. Das heißt, den Mittelweg zwischen den beiden zu finden, ist jedenfalls die Aufgabe, die die EU sich gestellt hat. Ich denke, dass man diese Konfrontation, die es eventuell gibt mit China, auch in diesem Kontext besser beleuchten sollte. Denn es ist tatsächlich so, dass die EU versucht, einen Mittelweg zu gehen. Das heißt aber, es muss auch wirklich einen Mittelweg finden. Das heißt, es muss Gesprächskanäle zu beiden Seiten offenhalten und im Idealfall auch als Mittler in diesem geopolitischen und geoökonomischen Konflikt, den wir auf der globalen, digitalen Ebene sehen, agieren. Natürlich ist es schwierig, die Beziehungen in der derzeitigen Situation zu intensivieren. Aber, wie wir auch gerade schon von Daniel Voelsen gehört haben, wir haben das Risiko, dass die Digitalpolitik immer mehr fragmentiert und überhaupt insgesamt die ganze digitale Ordnung,



die wir haben, immer mehr fragmentiert. Deswegen muss es eigentlich die Ambition sein, diese Gesprächskanäle auf jeden Fall offen zu halten. Dazu bietet es sich natürlich an, dass man vor allem erstmal die Gremien nutzt, die schon vorhanden sind. Das heißt, die multilateralen Gremien, das heißt natürlich die VN, das heißt vor allen Dingen auch die ITU. Es heißt aber auch, andere Gremien auch nicht komplett ausschließen, also alle Gremien, die der chinesische Staat auch öffnet. Also auch die Konferenzen, die China organisiert, die Welt-Internet-Konferenz und so weiter, ist nicht grundsätzlich etwas, was man nur ablehnen sollte aus normativen Gründen, sondern um dieser Fragmentierung entgegenzuwirken und um auch darauf hinzuwirken, dass es immer noch einen gewissen Konsensus gibt, was die globale digitale Vernetzung angeht, sollte man auf jeden Fall diese Gesprächskanäle offenhalten und eben versuchen zu intensivieren, wo immer es geht. Ob das bilateral momentan möglich ist, finde ich schwer einzuschätzen. Aber jedenfalls über die multilateralen Gremien, die es gibt, sollte dieser Dialog aufrechterhalten werden, und dann können auch Deutschland und die EU eventuell dazu beitragen, dass sich bestimmte Konflikte vielleicht auch langfristig oder mittelfristig entschärfen. Ich teile aber auch die Einschätzung, dass der Global Digital Compact eventuell nur zu einer Verschärfung der Situation und nicht unbedingt zu einer Entspannung beitragen kann.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Vielen Dank. Jetzt wurde sehr viel auch über Standardisierung gesprochen. Wir sehen beispielsweise beim Umgang und der Regulierung von Künstlicher Intelligenz jetzt auch den Schritt von Volker Wissing, sich nicht nur auf europäischer Ebene diese Frage zu stellen, sondern auch auf globaler Ebene. Wie schätzen Sie die Bestrebungen der Bundesregierung ein, diesen Hiroshima Process angestoßen zu haben, bis Ende des Jahres die Vorschläge zu machen? In sieben Sekunden?

Sve **Dr. Julia Pohle**: In sieben Sekunden finde ich es wirklich sehr schwierig zu beantworten, aber natürlich finde ich es gut, globale Partnerschaften insgesamt in diesem Bereich zu haben.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, für die AfD-Fraktion Frau Benkstein.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank, Frau

Vorsitzende und vielen Dank an die Experten. Meine Frage geht an Herrn Dr. Röhl. Sie hatten in Ihrem Statement einen Schwerpunkt gelegt auf wertegeleitete internationale Datenpolitik. Gibt es denn aus Ihrer Sicht auch Argumente für eine interessenorientierte internationale Digitalpolitik, gerade wenn es um digitale Souveränität zum Beispiel als Schlagwort geht?

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Vielen Dank für die Frage. Ich habe von einem Spannungsfeld gesprochen. Es ist wirklich eine schwierige Frage in dem Zusammenhang. Wir müssen natürlich immer Werte und Interessen miteinander in Einklang bringen. Wir haben auch gesagt, man muss mit China natürlich im Dialog bleiben. Wir können nicht wertorientiert sagen, wir wollen mit den Chinesen nicht reden, die sind uns nicht demokratisch genug. Wir müssen mit China im Dialog bleiben, auch mit anderen Ländern und Weltregionen, die nicht immer unsere demokratischen Werte teilen. Das heißt, wir müssen auch in der Datenstrategie – wie auch in der internationalen Politik überhaupt – Wege finden, unsere eigenen Werte klar herauszustellen, sie in den Mittelpunkt zu stellen, aber gleichzeitig anschlussfähig bleiben im Dialog mit Regionen, mit China vordringlich, die diese Werte so nicht teilen.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank. Dann habe ich noch eine weitere Frage an Sie, Herr Dr. Röhl. Daten kann man eigentlich immer mehr als Rohstoff gerade in Bezug auf Digitalisierung und internationale Digitalpolitik im Kontext zu den großen Tech-Konzernen betrachten. Wie würden Sie in dem Zusammenhang den Datenschutz der Bürgerdaten gewichten?

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Ein wichtiger Punkt ist, dass die großen internationalen Plattformen agierten, bevor wir unsere Datenschutzregeln aufgestellt haben, dass wir vermitteln mussten, dass die sich daran halten oder auf EU-Ebene mit Strafen rechnen müssen. Damit haben wir natürlich auch eine gewisse Macht erlangt. Wenn Sie jetzt in die Richtung der USA schauen, haben einige Bundesstaaten, wie Kalifornien, bereits ähnliche Regelungen getroffen, wie sie auch der europäische Datenschutz vorsieht. Gleichzeitig haben wir ein großes Problem in der deutschen Industrie, auch im Mittelstand, dass die viele Daten generieren und bisher diese Werte nicht ausreichend nutzen und die Datenbewirtschaftung etwas ist, was



gerade in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt. Da brauchen wir natürlich klare Regeln, mit denen wir trennen können zwischen personenbezogenen Daten und Maschinendaten. Häufig wird denen bisher ein Knüppel zwischen die Beine geworfen nach dem Motto, diese Daten könnten personalisierbar und personenbeziehbar werden, wenn man sie geschickt verknüpft mit anderen Personendaten. Daraus entsteht eine große Unsicherheit für Unternehmen, gerade im Mittelstand, die keine großen Stäbe für Datenschutz haben, also keine großen Rechtsabteilungen. Da ist natürlich ein Punkt, wo wir noch stärker nacharbeiten müssen, dass wir diesen Datenschutz, den wir in der deutschen Wirtschaft haben, besser nutzbar machen für die eigenen Unternehmen in Deutschland. Das müssen wir dann auch international aufsetzen und letztlich auch noch mit in die internationale Datenstrategie einbringen.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank. Meine nächste Frage geht an Frau de Bastion. Sie hatten in Ihrem Statement das Thema Open Source schon einmal angesprochen. Wie würden Sie das in der nationalen Datenstrategie konkret umgesetzt sehen wollen?

Sve **Geraldine de Bastion**: Dankeschön. Da gibt es viele Dinge, angefangen von dem Grundsatz private Daten schützen, öffentliche Daten nützen. Es gibt unterschiedliche Forderungen der Zivilgesellschaft, was in Richtung Open Data passieren müsste. Eine davon ist die Forderung Public Money - Public Code, also die Idee, dass alles, was mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, ausgeschrieben wird und so weiter, auch in öffentlichen Gütern enden sollte. Das betrifft Software, das betrifft Daten der öffentlichen Verwaltung, das betrifft offene Bildungsmaterialien, durch die Open Educational Resources entstehen können. Das heißt, es gibt sehr viele Ansätze, die schon lange existieren und Forderungen, die schon lange existieren, die stärker umgesetzt werden könnten, um dahin zu gehen, diese für uns sehr wichtigen öffentlichen Ressourcen zu bergen, zu heben. Es gibt auch sehr viel, was gerade diskutiert wird, in Richtung Daten teilen und neue Arten von Datenpools schaffen, gerade im Hinblick auf das Zusammenspiel zwischen wirtschaftlichen und öffentlichen Daten, wo auf städtischen und Landesebenen auch bereits viel passiert, was aber auch

national und international noch weitergedacht werden müsste. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Ich möchte meine Fragen an die Sachverständige Geraldine de Bastion richten. Mich interessiert zuerst ganz konkret, mit welchen Maßnahmen eine deutsche internationale Digitalpolitik dazu beitragen könnte, sowohl die Entstehung als auch die Nutzung offener, inklusiver und nachhaltiger Technologien zu stärken, und zwar nicht bloß im globalen Norden, sondern insbesondere auch im globalen Süden, um dazu auch Kooperation und Erfahrungsaustausch – und zwar auf Augenhöhe mit den Ländern des globalen Südens – zu fördern. In Ihrem Eingangsstatement hatten Sie auch von Skalierungseinheiten gesprochen. Vielleicht können Sie ein bisschen beschreiben, was damit gemeint ist.

Sve **Geraldine de Bastion**: Ja, sehr gerne. Vielen Dank für diese Frage. Das ist etwas, was mir alltäglich in meinem Arbeitsalltag begegnet als Problemstellung. Ein Beispiel, um es ein bisschen anschaulicher zu machen: Ich habe diese NGO, das ist ein Netzwerk von offenen Innovationsstätten, Innovation Hubs weltweit, auch hier in Deutschland. Eine Organisation, mit der wir kooperieren, sind die HILO Studios. Die stellen zum Beispiel Maschinen für Textilrecycling her. Das sind offene Maschinen, also offene Hardware, wenn man so will, und etwas, was in der Welt gebraucht wird. Sie bekommen ganz viele Anfragen von unterschiedlichsten Orten auf der Welt, dass sie gerne diese Maschinen nachbauen, replizieren möchten und gemeinsame Projekte machen möchten. Aber HILO Studios sind keine Entwicklungsorganisation. Es gibt nirgendwo Unterstützung für diese Art von Arbeit. Es gab einmal die Idee, das INNOLAB im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch zu einer Art von Open-Source-Skalierungseinheit zu machen. Das finde ich eine ganz fantastische Idee, die es eigentlich, finde ich, in allen Ministerien bräuchte für die unterschiedlichen Themengebiete, sodass zivilgesellschaftliche Organisationen, Graswurzelorganisationen und unterschiedliche digitale Projekte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben, um



ihre Open Source-Lösung eben skalieren und weiter in die Welt verbreiten zu können. Und wie gesagt denke ich, dass das ein sehr gutes Instrument sein könnte, um auch die Zusammenarbeit mit solchen Akteursgruppen besser erschließen zu können und weg von dieser immer Pilotprojekt getriebenen Förderlogik zu kommen. Über das Thema in der Frage konnte ich viele Stunden reden, deswegen versuche ich, mich kurz zu halten und vielleicht noch ein paar weitere Aspekte anzusprechen. Ich hatte schon erwähnt, dass der Sovereign Tech Fund wirklich ein guter Schritt ist. Es ist auch sehr schön, wie man sieht, dass da Inspiration aufgenommen wurde von Seiten der Zivilgesellschaft und weitergedacht und umgesetzt wurde. Aber es braucht davon, wie ich vorhin schon meinte, viel mehr. Der Sovereign Tech Fund fokussiert sich auf Infrastruktur, aber wir brauchen das auch für Hardware, für Software, für Maintenance, für Bildung. Außerdem brauchen wir Strukturen, die Zusammenarbeit mit anderen Akteursgruppen möglich machen. Es gibt die Weisheit, dass Kooperationen eben heute vor allem zwischen Regierungsinstitutionen oder mit großen Unternehmen stattfinden, aber das sind nicht die Orte, wo unbedingt digitale Innovation stattfindet. Das kommt von Startups, das kommt von agilen Organisationen, mit denen heute Kooperationen sehr schwierig und nicht wirklich vorgesehen sind in den meisten Formaten. Deswegen könnte man darüber nachdenken, wie man unterschiedliche Multi-Akteurspartnerschaften schafft und in Netzwerken arbeiten kann, auch mit staatlichen Akteuren zusammen. Die Fab City-Initiative ist ein sehr gutes Beispiel dafür. Zuletzt ein Punkt, der mir wirklich persönlich auch sehr am Herzen liegt: Wir möchten für eine feministische Außenpolitik in Deutschland stehen. Das finde ich fantastisch. Das ganze Aufbrechen und Hinterfragen von Machtverhältnissen, wie wir sie hier angesprochen haben, ist ein inhärenter Teil davon. Aber das funktioniert nur mit einer progressiven Visapolitik, denn die braucht es für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Diese haben wir im Moment nicht. Es ist fast unmöglich, Frauen einzuladen, noch unmöglicher Frauen mit Kindern einzuladen. Man braucht ein Dreivierteljahr vorher, um Visa zu beantragen. So funktioniert Zusammenarbeit auf Augenhöhe nicht wirklich. Danke.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Hoffen

wir, dass sich das in Zukunft ändert. Ich würde in meiner zweiten Frage an Frau de Bastion gerne wissen, wie denn die internationale Digitalpolitik dazu beitragen kann, dass wir auf globaler Ebene Digitalisierung gemeinwohlorientierter gestalten und auch dazu beitragen, dass Ungleichgewichte zwischen globalem Norden und Süden verringert werden und dass sich die unterschiedlichen Chancen auf Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch der unterschiedlichen Anteil an Nutzen und den negativen Folgen der Digitalisierung sich etwas gerechter verhalten.

SVe **Geraldine de Bastion**: Auch dazu gibt es viel zu sagen. Ich rede einmal in Stichpunkten aufgrund der Kürze der Zeit. Wir müssen uns natürlich für ein weltweit offenes Internet einsetzen, also offene Zugänge statt Zero Rating zum Beispiel. Rohstoffe und Lieferketten sind in diesem Kontext ein wichtiges Thema, den Rest der Welt nicht als Mülldeponie zu verstehen. Aber sich stattdessen hier natürlich auch für nachhaltigen Konsum einzusetzen, auch im öffentlichen Beschaffungswesen. Procurement ist hier ein wichtiges Thema, aber zum Beispiel auch kleine Dinge wie die Zweitnutzung von Rechnern, die die Regierung nach drei Jahren outsourcen muss, das Recht auf Reparatur als globales Recht zu verstehen und auch auf solche Themen zu setzen, wie digitale Fertigungstechniken, die zentral sind und so auch den Aufbau von ganz neuen Lieferketten ermöglichen. Das sind alles Themen, die wir weiter verfolgen sollten in diesem Kontext, so wie die fairen Arbeitsbedingungen global, die Berhan Taye schon vorhin angesprochen hatte.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Erstaunlich, wie schnell manche reden können. Wir kommen in die zweite Runde, und für die SPD-Fraktion hat Dr. Jens Zimmermann das Wort.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage würde sich an Frau Radu richten. Ziel der ganzen Operation ist, dass die Bundesregierung eine internationale Digitalstrategie erstellen möchte. Eine Kritik an vielen Strategien im Digitalbereich ist immer, dass es zu viel Klein-Klein und endlose Listen gibt und so weiter. Meine persönliche Einschätzung nach dieser Anhörung ist: Wir sind auf einem sehr guten Weg. Deswegen wäre meine Frage an Sie: Wo sehen Sie, wenn wir über eine Strategie reden – und Sie haben dazu auch einiges in Ihren schriftlichen



Ausführungen ausgeführt – die wichtigsten Säulen, auf denen eine internationale Digitalstrategie basieren sollte?

SVe Dr. Roxana Radu: Ich danke Ihnen. Erlauben Sie mir, mich in meiner Antwort auf kurz- und langfristige Ziele zu konzentrieren. Ich denke, wir müssen uns sehr bewusst sein, dass wir auf einige der laufenden Prozesse auf UN-Ebene, aber auch auf bilateraler Ebene, reagieren müssen. Wir brauchen einen Plan, der ganz klar festlegt, was bis 2025 getan werden kann. Und wir brauchen einen Plan, der sich mit der Vision für die nächsten zehn Jahre oder möglicherweise darüber hinaus befasst. Die Grundpfeiler für dieses Engagement können meiner Meinung nach neu definiert werden. Ich denke, wir müssen uns die Möglichkeit offenhalten, einige dieser Prioritäten nach 2025 im Lichte der Ergebnisse dieser Prozesse zu überdenken. Zweitens würde ich sagen, Zusammenarbeit, aber auch Kommunikationskanäle über Verbündete oder Länder hinaus, die in der Digitalpolitik dieselbe Position vertreten. Wenn wir jetzt nicht darüber nachdenken, wie wir mit autoritären Staaten zusammenarbeiten können, wie wir mit Ländern zusammenarbeiten können, die eine ganz andere Vorstellung vom Internet haben, verpassen wir eigentlich, wie das Internet als globales öffentliches Gut aussehen könnte. Und drittens denke ich, dass es Themen rund um die Sicherheit und Bereiche gibt, die wir weiter erforschen können, um Deutschland und Europa, aber auch das globale Internet, zu einem besseren Ort zu machen. Wir denken über diese globalen strategischen Ziele in Bezug auf Standardisierung, Cybersicherheit und die Minimierung der Auswirkungen der Politisierung in diesem Bereich nach.

Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben in Ihren Ausführungen auch auf Formate wie G7, G20 oder auch Allianzen wie die NATO hingewiesen, innerhalb derer so eine Zusammenarbeit stattfinden könnte. Jetzt haben Sie auch noch auf andere Länder hingewiesen. Was wären aus Ihrer Sicht möglicherweise Länder, die wir mit unserer internationalen Digitalstrategie als Kooperationspartner auch ins Auge fassen sollten?

SVe Dr. Roxana Radu: Ich möchte Sie dazu aufrufen, sehr breit über die möglichen Partner nachzudenken. Es mag sein, dass man nicht mit jedem zusammenarbeiten kann, aber ich denke, man

sollte nicht davon ausgehen, dass eine Zusammenarbeit mit absolut jedem auf der Welt nicht möglich ist. Der Weg dazu wäre, diese gemeinsamen Ziele zu finden. Es geht wirklich hauptsächlich um die Nutzung und die Anwendungsfälle. Wenn wir Beispiele aus anderen Bereichen heranziehen wollen: Im Umweltbereich kooperieren wir vielleicht bei bestimmten Aspekten, bei anderen jedoch nicht. Im Verkehrswesen wollen wir alle ein globales Verkehrssystem haben. Ich würde sagen, das gilt auch für die digitale Welt. Wir müssen das Internet als ein globales System erhalten.

Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, vielen Dank.

Die Vorsitzende: Für die Unionsfraktion hat Dr. Markus Reichel das Wort.

Abg. Dr. Markus Reichel (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, vielen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Tovar. Ich sehe das ein bisschen anders als Herr Dr. Zimmermann. Ich denke, eine Strategie muss schon eine Reihe von konkreten Tools umfassen. Mich würde interessieren, welche Tools, welche konkreteren Ansatzpunkte, Sie in so einer internationalen Digitalpolitik nun tatsächlich gerne sehen würden. Zum Einstieg dazu: Sie haben das schon angerissen mit dem Thema Standardisierung und Normierung. Es scheint mir auch einer der sehr konkreten Ansatzpunkte zu sein. Können Sie das fix machen, wie man das wirklich ausgestalten sollte, um hier mittel- und langfristig erfolgreich zu sein?

SV Christoph Tovar: Klar, das kann ich sehr gerne machen. Fangen wir mit Normung und Standardisierung an. Die deutsche Wirtschaft ist im Status quo sehr aktiv in Standardisierungs- und Normungsgremien. Das ist ein wirtschaftlicher Vorteil, den wir erhalten sollten. Wir sehen, China hat insbesondere im Rahmen seiner Standardisierungsstrategie das Ziel erkannt und pusht selbst Aktivitäten. Das heißt vor allem klare finanzielle Unterstützung für deutsche Unternehmen, insbesondere KMU in diesen Gremien. Reisekosten sind ein Faktor, Beteiligungskosten sind ein Faktor, aber auch natürlich die Personalkosten. Das ist auch der ganz konkrete Punkt, da bräuchte es Geld. Darüber hinaus noch ein paar weitere konkrete Punkte, an denen man arbeiten muss. Handelspolitik habe ich gerade angeschlossen. Da gibt es ein paar ganz konkrete politische Ziele, die



man umsetzen kann, in der WTO zum Beispiel. Nächstes Thema ist das Thema nachhaltige Technologien. Da könnte man die Brücke schlagen zwischen Klimaschutz auf der einen Seite und dem Export deutscher digitaler Technologien ins Ausland. 20% unserer Klimaziele könnten durch digitale Technologien erreicht werden. Das wäre ein zweiter konkreter Punkt. Dritter konkreter Punkt, das klang bei Herrn Voelsen vorhin schon an, ist, im Bereich Cybersicherheit darauf hinzuwirken, dass wir sicherer werden. Ich mache hier einen Punkt. Wir haben ein Positionspapier dazu aufgeschrieben, in dem wir versucht haben, sehr konkrete Forderungen aufzustellen. Das waren jetzt einige der wichtigsten.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Ist Ihnen zufälligerweise eine Benchmark einer wirklich guten internationalen Digitalpolitik eines anderen Landes bekannt?

SV **Christoph Tovar**: Es gibt eine Reihe an Ländern, die sich da positioniert haben. Die Briten haben etwas gemacht, Dänemark hat etwas gemacht. Es gibt tatsächlich eine ganze Reihe an Strategien von Ländern. Es kommt immer ein bisschen darauf an, wo man die Strategie verhaften will, ob man die Cybersicherheitspolitik mit hineinnehmen will oder nicht. Wir haben ein paar Partnerländer, die sich da aufgestellt haben. Es kommt immer auf die nationalen Gegebenheiten an. Bei einer deutschen internationalen Digitalstrategie würden wir davon abraten, das Thema Verteidigung mit hineinzunehmen, da wir eine nationale Sicherheitsstrategie haben und sich das im Zweifelsfall nur sehr stark doppelt.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage an Herrn Röhl: Sie haben in Ihrem Bericht die Notwendigkeit der Cybersicherheit angesprochen. Das haben wir jetzt hier noch nicht diskutiert. Könnten Sie uns da noch etwas erläutern, wie Sie da das bisherige Engagement der Bundesregierung wahrnehmen und was sich daraus auch für eine künftige Digitalstrategie ableitet?

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Wir denken schon, dass das bisherige Engagement im Bereich Cybersicherheit noch unzureichend ist und bislang die Zuständigkeiten in Deutschland auch zu stark zersplittert sind. Es wäre natürlich eine Gelegenheit,

diesen Punkt stärker in den Mittelpunkt zu rücken, wenn wir jetzt eine internationale Digitalstrategie aufsetzen, dass wir uns auch international abstimmen können. Wir wissen, es gibt zunehmende Konflikte offenbar in der Welt, wie den Ukraine-Krieg. Es ist eine unruhige Periode. Das können wir nicht allein stemmen. Das ist auch ein Punkt, in dem sich die EU einig werden muss. Da muss man sich sicherlich innerhalb von NATO und westlichen Partnern abstimmen. Da muss deutlich mehr getan werden.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Sie hatten auch vorhin erwähnt, dass die Bundesregierung manchmal auf europäischer Ebene etwas vortreibt. Das ist nicht so effizient beschrieben. Wie kann denn da die Bundesregierung effizienter auf europäischer Ebene agieren?

SV **Dr. Klaus-Heiner Röhl**: Es ist eine merkwürdige Situation, dass wir manchmal national vortreiben mit der Gesetzgebung, obwohl die EU an etwas arbeitet, uns aber dann auf europäischer Ebene, an anderer Seite, oder auch da nicht genügend einbringen. Wir müssen in der Berliner Blase auch Europa und Brüssel einfach mehr mitbedenken und uns schon frühzeitig in die europäischen Prozesse einbringen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch einmal Tobias Bacherle das Wort.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Meine erste Frage geht wieder an Berhan Taye. Wir sprechen oft über den Brüsseler Effekt, und wir haben ein großes Gesetz, das Gesetz über digitale Dienste, das den Rahmen für den aktuellen Umsetzungsprozess vorgibt. Welche Art von Brüsseler Effekt lesen Sie im Gesetz über Digitale Dienste und in seiner aktuellen Ausführung?

Sve **Berhan Taye**: Ja. Wir alle, die nicht in der EU sind, schätzen den Regulierungsansatz der EU sehr. Die einzige Möglichkeit, mit den großen Technologieunternehmen voranzukommen, besteht in der Regulierung und sich nicht davon ablenken zu lassen. Doch leider ist die digitale Welt auch sehr vernetzt. Das bedeutet, dass die Gesetzgebung in Europa Auswirkungen auf den Rest von uns hat. Ich gebe Ihnen ein vielleicht gutes und ein weiteres Beispiel, das eventuell nicht unbe-



dingt das Beste ist. Wenn man sich die DSGVO ansieht, weiß fast jeder, der in diesem Bereich arbeitet, was die DSGVO ist. Ich habe vielen Regierungen, die die Datenschutz-Grundverordnung buchstäblich kopiert haben, Feedback gegeben und gesagt: Ihr seid kein EU-Staat, also müsst ihr diese Klausel herausnehmen, das gilt nicht für euch. Der Rest der Welt schaut bei der Regulierung auf die EU. Insbesondere das Gesetz über Digitale Dienste ist ein wirklich hervorragender Versuch, die Plattformen zu regulieren. Aber das hat zur Folge, dass Sprachen wie Amharisch, die Muttersprache in Äthiopien, oder Kiswahili, die zusammen etwa 300 Millionen Menschen sprechen, bei Plattformen und Vorschriften mit Finnisch, das heißt fünf Millionen Sprechern, konkurrieren müssen. Einer der Gründe, warum die großen globalen Mehrheitssprachen jetzt mit den europäischen Minderheitensprachen konkurrieren müssen, liegt darin, dass die Plattformen aufgrund der Verordnung beschlossen haben, mehr in EU-Sprachen zu investieren als in unsere Sprache. Dies ist problematisch. Zunächst einmal ist das ein Problem der Plattformen. Das ist nicht unbedingt ein EU-Problem. Aber die Auswirkungen der fehlenden Regulierung werden auch auf die EU zurückfallen. Deshalb halte ich es für sehr wichtig, zu sehen, wie sich der Brüssel-Effekt entwickelt. Eine Folgenabschätzung für die Art und Weise, wie wir uns über diese Themen unterhalten, aber auch, wie die EU dieses Thema auf die Plattformen zurückbringt, ist wirklich entscheidend.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Meine zweite Frage richtet sich auch wieder an Dr. Daniel Voelsen. Sie schreiben, dass, wenn die Bundesregierung eine aktivere Rolle in der internationalen Digitalpolitik anstrebt, weitere Schritte notwendig sind. Wir haben auch festgestellt, dass eine Stärkung privater Akteure gerade der nichtgroßen Konzerne, nicht der Big Five, in den internationalen Gremien wichtig wäre. Was würde Ihrer Meinung nach helfen, gerade diese Stärkung privater Akteure vorzunehmen, und was bräuchte es denn von staatlicher Seite generell, um dieses Engagement, das aktivere, das wir anstreben, sicherzustellen und sinnvoll durchführen zu können?

SV **Dr. Daniel Voelsen**: Vielen Dank. Deutschland

ist an vielen Stellen der internationalen Digitalpolitik heute schon präsent, und wenn die Regierung sagt, sie möchte sich eine Strategie geben, um da noch gezielter aktiv zu werden, dann geht es tatsächlich um die Frage, welche Ressourcen ist man bereit, dafür einzusetzen. Ich hatte versucht, drei Wege vorzuschlagen, wie man Politik machen kann. Zwischenstaatlich, indirekt durch die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und anderen nichtstaatlichen Akteuren und durch eine aktive Technologiepolitik, was dann von der Innovationsförderung bis zur Exportkontrollpolitik führen kann. Wenn man in allen diesen Bereichen sagt, man möchte da gezielt aktiver werden, geht es am Ende auch darum, wie man das Ganze finanziell unterfüttert. Um noch einmal konkret auf den Punkt einzugehen, den Sie genannt haben, nämlich die Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren an den technischen, aber auch an den politischen Prozessen auf globaler Ebene, dann geht es schon um die Frage: Wie kann man das Ganze finanziell unterstützen? Im Fall der Unternehmen gibt es Diskussionen darüber, ob man dort über steuerliche Erleichterungen nachdenkt. Im Falle von Wissenschaft und Zivilgesellschaft müsste man wahrscheinlich auch überlegen, ob man da nicht eine überschaubare Summe Geld in die Hand nehmen kann, um Programme aufzusetzen, um deren Teilnahme zu unterstützen. Es wurde bereits gesagt: Diese Prozesse sind in der Regel langwierig und aufwändig. Da muss man hineingehen. Was kann man noch machen? Ich wollte noch auf einen Punkt zurückkommen. Sie hatten das IGF erwähnt. Da kann Deutschland auch aktiv werden in dieser schwierigen Gemengelage, indem man sich zum Beispiel ein Partnerland sucht und ein Konzept entwickelt. Denn im Moment suchen alle nach Lösungen. Vom UN-Generalsekretär bis zu einer einzelnen Regierung suchen alle nach Lösungen. Ganz konkret: Wenn der Plan ist, dass das nächste IGF in Saudi-Arabien stattfinden soll – was eine schwierige Entscheidung ist, die aber genau in diesem ganzen Kontext steht, sich etwas breiter aufzustellen – muss man schauen, was die Bundesregierung tun kann, um nicht nur finanziell, sondern auch ganz praktisch mit Blick auf Sicherheitsfragen zu schauen, wie man die Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren sicherstellen kann. Denn ganz ohne ist es nicht, nach Saudi-Arabien zu reisen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, für die FDP-



Fraktion Maximilian Mordhorst.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Frau Dr. Pohle. Ich gebe Ihnen noch die kurze Zeit, um auf die Frage vom Kollegen Funke-Kaiser zu antworten, und dann stelle ich meine Fragen.

SVe **Dr. Julia Pohle**: Können Sie bitte noch einmal kurz die Frage wiederholen?

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Es ging darum, inwiefern es Sinn hat – und das haben wir jetzt gerade eben gesehen, im Zuge der KI-Regulierung – auf globaler Ebene zu regulieren oder den Anfang auf europäischer Ebene zu machen. Wir bekommen immer den Vorwurf, dass Europa vorrennt und sich selbst reguliert, und die anderen freuen sich und übernehmen es dann und machen etwas weniger. Wie sehen Sie das vor allem auch in diesem G7-Prozess?

SVe **Dr. Julia Pohle**: Ich sehe es auf jeden Fall so, dass tatsächlich die Regulierung von solchen Technologien wie KI natürlich über Europa hinausgehen und der Dialog gesucht werden muss, auch mit allen verschiedenen Partnern, vor allen Dingen auch mit Partnern aus dem sogenannten globalen Süden und Partnern aus der ganzen Welt, aber natürlich auch mit großen anderen digitalen Akteuren, Indien, Brasilien. Es ergibt auf jeden Fall Sinn, sich da auszutauschen, denn genauso wie alle anderen digitalen Themen ist auch das Thema der KI – wie wir sie entwickeln, wohin sie sich entwickelt, was da erlaubt und machbar sein wird – nichts, was auf nationale oder regionale Kontexte beschränkt bleiben wird. Das heißt, selbst wenn wir in Europa eine Regulierung haben, mit der wir mehr oder weniger zufrieden sind und die unserem Wertesystem entspricht, wird es in anderen Teilen der Welt andere Entwicklungen geben. Diese können wir nur dadurch beeinflussen, indem wir nicht sagen, wir haben die beste Regulierung und wir exportieren diese und macht ihr das einmal genauso wie wir. Sondern wir müssen auch sehen, was die Bedenken und die Interessen anderer Länder sind und wie wir eine Lösung finden können, gemeinsam an besten Standards zu arbeiten, die auch zumindest in großen Teilen unseren Vorstellungen entsprechen.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Das passt sehr gut zu meiner anschließenden Frage. Wir haben

sehr viel darüber gesprochen, wo der Staat stärker hineingehen muss, wo Regulierung eine Vorreiterrolle sein kann oder wo sie uns auch daran hindert. Aber wenn ich international schaue, welche Akteure da relevant sind, nämlich China und die USA, dann sehe ich, dass es vor allem mit wirtschaftlicher Power untermalt ist, was am Ende Einfluss auf die internationale Digitalpolitik nimmt. Und das ist an staatlichen Leistungen meist nur punktuell wirksam. Es muss stattdessen in der EU eine wirtschaftliche Stärke hinterlegt sein, mit großen Tech-Unternehmen, die dazu beitragen können, dass wir international wirklich Standards setzen und nicht nur gute Werte haben, sondern die auch durchsetzen können. Wie ist da Ihre Analyse der Lage? Wie weit ist Europa da? Und was könnten wir tun, um überhaupt im Rennen weiter mit nach vorne zu kommen?

SVe **Dr. Julia Pohle**: Auch da würde ich gerne etwas weiter ausholen, denn tatsächlich stimme ich der Analyse nicht ganz zu. Ich glaube nicht, dass nur über Wirtschaftsmacht Standards gesetzt werden können. Wir hatten es gerade erwähnt, der sogenannte Brüssel-Effekt zeigt, dass Europa sehr effizient darin ist, durch Regulierung bestimmte Standards zu setzen und diese auch weltweit dazu zu nutzen, die digitale globale Ordnung in gewisser Weise zu gestalten. Natürlich kann das Europa auch nur aufgrund seines digitalen Marktes, aber es heißt nicht, dass Europa es kann, da seine Wirtschaft so stark ist, sondern da sein Markt so bedeutend ist. Da existiert ein gewisser Unterschied. Damit kann Europa in der Hinsicht schon Standards setzen. Ich sehe da aber sogar noch einen relativ großen Zielkonflikt, der sich in Deutschland und Europa zunehmend auftut. Nämlich der Zielkonflikt, dass wir eine globale digitale Ordnung nach bestimmten Wertvorstellungen gestalten möchten und diesen Wunsch auch sehr klar in der europäischen Politik äußern und auch diesen Brüssel-Effekt anstreben. Gleichzeitig haben wir selbst aber den Anspruch, unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere digitale Wirtschaft und unsere Innovationsfähigkeit zu stärken, zu steigern und damit auch unsere Wirtschaftsmacht weiter aufzubauen. In gewisser Weise gibt es da einen Zielkonflikt, denn wenn wir dieselben Ansprüche, die wir für uns haben, auch weltweit allen anderen Ländern zugestehen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir diesen Spagat schaffen, gleichzeitig



unsere Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Partnerländern, zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit, die gleiche Chance einzuräumen, ohne dass hier neue Abhängigkeiten entstehen, von denen wir schon viel gehört haben.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion hat wieder Frau Benkstein das Wort.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht zunächst an Herrn Dr. Voelsen. Wie schätzen Sie das Thema Netzneutralität ein, gerade im Kontext der Infrastruktur? Sollte sie gestärkt werden, sollte sie gleichbleiben oder müsste es eigentlich weniger davon geben? Wie sehen Sie das?

SV **Dr. Daniel Voelsen**: Das Thema Netzneutralität hat eine gewisse Geschichte, und die Idee der Netzneutralität ist, dass man damit auch eine gewisse Offenheit sicherstellen möchte. Insofern ist die Idee sehr begrüßenswert weiterhin.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank. Die nächste Frage geht an Herrn Tovar. Wo sehen Sie die Möglichkeiten von Open Source aus Wirtschaftssicht, gerade im Hinblick auf die Schlagworte, die wir schon hatten: Offenheit, Kollaboration und Nachhaltigkeit?

SV **Christoph Tovar**: Vielen Dank. In der gebotenen Kürze: Open Source ist immer eine Lösung. Wir als Verband sprechen uns nicht für oder gegen Open Source aus, sondern wir sagen, je nachdem, was der Fall ist, in dem man es nutzen soll, sollte es zum Zug kommen oder nicht. Das kann man nicht per se entscheiden. Das zweite ist, dass Open Source-Bausteine sehr verbreitet sind, auch in Proprietary Software. Insofern kommt ihnen auch hier eine große wirtschaftliche Relevanz grundsätzlich zu. Entsprechend sollte das Thema natürlich berücksichtigt werden. Es ist sehr relevant.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Ich habe noch eine Frage an die Bundesregierung. Es sind schon die Digitaldialoge mit den unterschiedlichsten Partnerländern angesprochen worden. Was haben Sie konkret an Ergebnissen in Ihre internationale Digitalstrategie einfließen lassen und wird die Liste der Partnerländer noch erweitert?

Dr. Irina Soeffky (BMDV): Vielen Dank für diese Frage. Wir haben in der Tat schon Digitaldialoge mit einer ganzen Reihe von Ländern. Viele wurden hier genannt, und das Ziel ist, genau wie Sie es sagen, es zu erweitern, insbesondere in Richtung des afrikanischen Kontinents. Erster Partner, mit dem wir schon sehr konkret sondieren, ist Kenia. Die Formate sind in der Regel so, dass es einmal einen Government-to-Government-Teil gibt, wo der hier angesprochene Austausch zu Regulierungsfragen stattfindet. Es gibt aber auch immer einen Stakeholder-Teil, wo genau die diversen Akteure, die in dem Multistakeholder-Ansatz eine Rolle spielen, vertreten sind und direkt Input geben können. Es gibt Ergebnisdokumente und es gibt daraus folgend zum Teil auch konkrete Projekte, aber auch eine Weiterentwicklung von Arbeitsplänen zu Themen, die zwischen den Partnern als besonders interessant und vielversprechend erscheinen. Das ist das, wo wir stehen, und wir wollen diese Dialoge stärken und weiter ausweiten. Diese Erfahrungen finden Einfluss in die Strategie.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Dann hat Anke Domscheit-Berg für DIE LINKE. noch einmal das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich würde gerne Geraldine de Bastion zu dem Thema fragen, dass wir doch relativ viele Vorurteile haben zur Innovationskraft oder auch zum Stand der Digitalisierung, vor allem in Ländern des globalen Südens. Sie haben da langjährige praktische Erfahrungen, das klang schon an. Deswegen wüsste ich gerne ein paar Beispiele, die Sie selber kennen von den vielfältigen Entwicklungen, zum Beispiel in afrikanischen Ländern, die es gibt. Und gerne wüsste ich auch, wie wir mit internationaler Digitalpolitik auf Augenhöhe von diesen Erfahrungen selber etwas lernen können.

SVe **Geraldine de Bastion**: Vielen Dank für diese Frage. Es ist aus meiner Sicht richtig, dass diese alten Trennlinien, in denen wir sehr oft noch denken, in der digitalen Innovationswelt keinen Sinn mehr ergeben. Es gibt natürlich diesen Klassiker, dass es weniger Orte in Kenia gibt, die keine Internetverbindungen haben, als in Brandenburg. In vielen Ländern ist Digitalisierung schon viel länger weiter oben auf der politischen Agenda als in



Deutschland. Dieses Leapfrogging hat Berhan Taye auch vorhin kurz erwähnt, das ist die Idee, dass es eine Überholspur gibt. Das nehmen viele Länder oder auch viele Akteure in Ländern wahr. Auch das Thema Mobile Payment ist eines, was schon sehr oft und lange besprochen wurde, wo Kenia lange Vorreiter war, bevor andere Länder in Europa davon gehört hatten. Das heißt, wir können sehr viel lernen von dieser Offenheit gegenüber neuen Technologien. Ich kann natürlich ganz viele Beispiele aufzählen. Es gibt viele spannende Innovationen im Gesundheittech-Sektor. Es gibt zum Beispiel Deaftronics, ein erstes solarbetriebenes Ladegerät für Hörgeräte, das mit 80 Prozent der heutigen Marktlesung kompatibel ist. Oder das in meiner Stellungnahme bereits erwähnten Solartaxi aus Ghana. Das heißt, es gibt gerade im Green Tech-, im Health Tech-Bereich sehr spannende Startups auf dem afrikanischen Kontinent. Innovation findet dort an ganz unterschiedlichen Orten statt. An Universitäten, wie bei uns, an sogenannten Makerspaces und Innovation-Hubs, wo unterschiedlichste innovative Produkte entwickelt werden, wie zum Beispiel im MboaLab. Das ist ein Biotech-Space in Kamerun, die Enzyme entwickelt haben, die keiner Kühlkette bedürfen und dafür in der lokalen Biotech-Wirtschaft gebraucht werden, aber auch exportiert werden in andere Länder. Oder es findet spannende Materialforschung statt, wie zum Beispiel am Fab Lab in Bahir Dar, in Äthiopien, wo neue Materialien entwickelt werden, wie zum Beispiel neue Arten von Papier. Das heißt, diese Hubs sind auch spannende Akteursgruppen. Sie sind oft Bindeglied zwischen Universitäten, aber auch informellen Wirtschaftszweigen, wie zum Beispiel im Fall von Kumasi Hive in Ghana, die neben der Technischen Universität sitzen und dort praktisches Training für Studentinnen und Studenten machen, die ansonsten nur aus Büchern lernen, aber kooperieren auch sehr stark mit dem lokalen Ort, wo unser ganzer Elektroschrott und Müll landen. Das heißt, wir können sehr viel lernen in Richtung zirkuläre Wirtschaftskulturen und über unsere ganzen Reparaturkulturen, die in Europa verloren gegangen sind. Aber natürlich gibt es nicht nur in diesen Social und Green Tech Innovationen, die beachtenswert sind. Auch im Deep Tech- und Space-Bereich gibt es spannende Dinge in Afrika. Ghana ist zum Beispiel einer der

neuen afrikanischen Partner von dem südafrikanisch geleiteten Square Kilometre Array-Projekt. Das baut gerade das größte Teleskop der Welt. Ein gutes Beispiel ist das gerade von BioNTech aufgekaufte afrikanische KI-Startup Instadeep, was für 680 Millionen gekauft wurde, damit BioNTech seine Vorreiterposition im Bereich KI-gestützte Entdeckung, Gestaltung und Entwicklung von Vakzinen stärken kann. Das ist auch ein Beispiel, wie wir ganz konkret von digitaler Innovation in Afrika hier profitieren.

Abg. **Anke-Domscheit Berg** (DIE LINKE.): Das finde ich sehr spannend, denn selbst an den Fragestellungen für die Stellungnahmen konnte man das eine oder andere Vorurteil ablesen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch geschrieben, wie wichtig es ist, dass die Zivilgesellschaft stärker einbezogen wird. Mich interessiert: Wie kann man diese Zusammenarbeit verstetigen? Wie kann man, gerade wenn wir von der internationalen Digitalpolitik reden, auch die Zivilgesellschaft aus anderen Ländern einbeziehen und nicht nur die aus Deutschland?

Sve **Geraldine de Bastion**: Dankeschön. In Deutschland ist die Zivilgesellschaft überhaupt Treiber für Digitalisierung. Deswegen ist es auch richtig, dass sie in der Bundesregierung Ansprechpersonen und einen Sitz am Tisch hat, wie man so schön sagt. Es gab früher im Auswärtigen Amt zum Beispiel Round Tables mit der Zivilgesellschaft, um die Freedom Online Coalition-Themen vorzubereiten. Solche Formate könnten wieder eingeführt werden. Ich glaube auch, dass die Vorbereitung für den Global Compact eine gute Chance dafür ist, solche verstetigten Beteiligungsformate wieder aufleben zu lassen oder auch weiter aufzubauen. Fonds brauchen wir dafür, damit nicht einzelne Personen entscheiden, wer mitfahren darf, und auf die man sich neutral bewerben kann, auch für Zivilgesellschaft aus anderen Ländern. Die Zeit ist leider vorbei, aber ich hoffe sehr, dass das ein Punkt ist, der auch gut mit aufgenommen wird. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Wir sind am Ende dieser Anhörung. Ich weiß nicht, ob alle Fragen geklärt sind, aber es wurden jedenfalls von allen Fraktionen Fragen gestellt. Sie haben Ihre Expertise eingebracht. Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, in unseren Ausschuss zu kommen und uns Ihre Expertise zur Verfügung



zu stellen. Wir werden sicherlich im weiteren Austausch mit Ihnen zu diesem Thema bleiben. Ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen. Herzlich danken möchte ich auch den Zuhörerinnen und Zuhörern, die da waren und den Saal jetzt verlassen, und auch den Zuhörerinnen und Zuhörern an den Endgeräten, die sich den Livestream angeschaut haben. Ich möchte ganz herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technik danken. Das hat heute wieder gut geklappt. Manchmal gibt es kleine Störungen, aber das war heute nicht der Fall. Vor allem ganz herzlichen Dank an das Sekretariat, das ganz wunderbar diese öffentliche Anhörung mit vorbereitet hat.

Ich gebe noch einen Hinweis auf die nächste Sitzung des Ausschusses. Die 47. Sitzung des Ausschusses findet direkt im Anschluss erst einmal nichtöffentlich statt. Wir haben aber einen öffentlichen Tagesordnungspunkt, der auch gerne von den Zuschauerinnen und Zuschauern besucht werden kann. Sie müssten jedoch bitte kurz den Saal verlassen und dürfen dann nach fünf Minuten wieder hineinkommen. Wir müssen dann auch online wechseln, und dann machen wir die Türen wieder auf. Der Kaffeewagen steht draußen. Jeder kann sich stärken. Dann danke ich allen, wünsche noch einen angenehmen Tag und schließe die Sitzung. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16:31Uhr

Tabea Rößner, MdB

Vorsitzende



Anlagenkonvolut zum Wortprotokoll der 46. Sitzung am 18. Oktober 2023

Öffentliche Anhörung „Internationale Digitalpolitik“

Stellungnahmen der eingeladenen Sachverständigen:

Geraldine de Bastion

Gründerin von Global Innovation Gathering (GIG)

[A-Drs. 20\(23\)175](#)

Dr. Vera Demary vertreten durch: **Dr. Klaus-Heiner Röhl**

Themencluster Digitalisierung & Klimawandel,

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

[A-Drs. 20\(23\)172](#)

Dr. Julia Pohle

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

[A-Drs. 20\(23\)180](#)

Dr. Roxana Radu

Associate Professor of Digital Technologies and Public Policy,

Blavatnik School of Government, University of Oxford

[A-Drs. 20\(23\)179](#)

[Deutsche Übersetzung zu 20\(23\)179](#)

Julian Ringhof

Policy Fellow at European Council on Foreign Relations a.D.

[A-Drs. 20\(23\)176 NEU](#)

Berhan Taye

Independent Researcher and Analyst

[A-Drs. 20\(23\)178](#)

[Deutsche Übersetzung zu 20\(23\)178](#)

Christoph Tovar

Referent für Internationales und Innovationspolitik, Bitkom e. V.

[A-Drs. 20\(23\)174](#)



Dr. Daniel Voelsen

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

[A-Drs. 20\(23\)173](#)